

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonsteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
offa Zeitschriften (Glattbrugg)

Start in Bern



Erste Begegnung der neuen freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit der Bundeshauspresse: FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin (VS) fordert seine Kollegen auf, sich kurz vorzustellen. (Photo Ruti)

AMK. «Am Anfang meint man, man hätte etwas zu sagen. Dann merkt man, dass man nichts zu sagen hat. Und wenn man dann etwas zu sagen hätte, hat man nichts mehr zu sagen.»

Diese Überlegung stammt vom neuen Genfer FDP-Ständerat Gilles Petitpierre. Obwohl Petitpierre vor seiner Wahl zum

Ständerat zwölf Jahre lang im Nationalrat sass, teilt er mit den 16 freisinnigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die erstmals nach Bern geschickt wurden, die Erfahrung des Neuen, des Beginns.

Für die «ganz» Neuen kommt noch vieles andere. Praktische dazu. Sie lernen den Parlamentsbetrieb kennen, vor allem aber viele neue Gesichter: Die Kollegen der Fraktion, die Räte überhaupt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes, die Crew, welche die Partei in Bern stellt. Unter den vielen Leuten, die sich in der Wandelhalle aufhalten, sind die Bundeshausjournalisten besonders wichtig.

Die neuen FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier lobten als ersten Eindruck vor allem die gute Aufnahme in der Fraktion. Erste Kritik äuserten sie an der Fraktionsdisziplin und an der Präsenz im Saal.

Photoseite 4

Die FDP-Geschäftsleitung und das Generalsekretariat wünschen allen FDP-Mitgliedern und Sympathisanten frohe Festtage und entbieten die besten Wünsche zum Jahreswechsel.

Wir danken allen Männern und Frauen für ihren Einsatz im zu Ende gehenden Jahr, sei es als Politikerin und Politiker auf jeder Stufe, als Mitarbeiter in den verschiedenen Gremien der Partei, aber auch als Staatsbürger, welche im persönlichen Gespräch mit ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer wieder für unsere freisinnigen Anliegen eintreten.

2x Nein!

Am 16. Februar 1992 stimmen wir über zwei Vorlagen ab: über die Krankenkassen-Initiative und über die Initiative «Weg vom Tierversuch». Beide Initiativen sind vehement abzulehnen.

AMK. Die Initiative der Krankenkassen trägt den verhänglichen Titel «Für eine finanziell tragbare Krankenversicherung». Sie bringt aber keine Lösungsansätze für Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen, sondern verlangt nur Milliarden aus der Bundeskasse.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Bundeskasse diese rund vier Milliarden für die Krankenkassen nicht verkraften würde und dass Steuererhöhungen die Folge dieser verantwortungslosen Forderung wären.

Private Versicherungsgesellschaften sollen zudem von der Grundversicherung ausge-

schlossen werden. Damit wollen die Krankenkassen auch gleich den Wettbewerb unter den Kassen ausschalten.

Auch die Initiative des Schweizerischen Tierschutzes muss als zu weit gehend abgelehnt werden. Eine Annahme der Initiative würde zu einer nicht verantwortbaren Behinderung der Forschung führen.

Die Initiative missachtet die Bedürfnisse der Forschung und verweigert Mensch und Tier das Recht auf medizinischen Fortschritt. □

Lesen Sie Seiten 5 bis 7.

Inhalt

- Hohe Anerkennung zollt FDP-Nationalrat Fischer den Schweizer Diplomaten für das Transitabkommen auf Seite **9**
- Die Europafrage und die Frauen: Feststellungen von FDP-Nationalrätin Nabholz auf Seite **10**
- Einen Leserbrief und zwei Antworten finden Sie auf Seite **13**

Wendepunkt in der Geschichte

Die Geschichte hat immer wieder neue Einfälle. Das hat auch das Jahr 1991 gezeigt. Es war ein Jahr, in dem die Welt zeitweise aus den Fugen geraten zu sein schien. In der Tat, vieles ist aus den Fugen und gewohnten Bahnen geraten. Alte Strukturen sind erschüttert worden. Und das Neue lässt sich – an der Schwelle zu 1992 – noch nicht so richtig fassen.

Jacques Baumgartner

1991 war unter anderem das Jahr, in dem Kuwait befreit wurde, nachdem es am 2. August 1990 vom irakischen Diktator, Saddam Hussein el-Takriti, überfallen worden war. Im Auftrag der Vereinten Nationen (Uno) führten die Vereinigten Staaten eine multinationale Streitmacht gegen den irakischen Aggressor an.

Kuwait wurde zwar befreit, nicht aber der Irak von seinem Tyrannen. Der Uno-Auftrag war einzig und allein auf die Befreiung des Erdölscheichtums beschränkt.

Friedenssuche

Eine Auswirkung des Krieges ist, dass Araber, Palästinenser und Juden über einen umfassenden Nahostfrieden direkt verhandeln. Israel konnte – oder durfte – im Kuwait-Krieg nicht mehr tun, als abseits zu stehen, um den Zusammenhalt der Anti-Irak-Allianz nicht zu gefährden.

Es ist keine einfache Friedenssuche. Sie wird 1992 fortgesetzt werden. Keine Seite wird sich letztlich drücken können. Und vielleicht werden die Verhandlungen schon bald von Washington in den Nahen Osten verlegt. Es mutete auf die Dauer seltsam an, wenn die arabischen Gesprächspartner der Israeli mit den Amerikanern verhandeln, um die amerikanische Regierung dazu zu bringen, dass sie mit Israel verhandelt.

1991 sieht die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene, funktionsfähige Grossmacht, und zwar militärisch wie auch wirtschaftlich, wenn auch von einer Rezession angeschlagen. Stellt sich kein Aufschwung 1992 ein, so dürfte es der Republikaner George Bush schwer haben, nochmals zum Präsidenten gewählt zu

werden, selbst angesichts der Tatsache, dass an der Schwelle zu 1992 auf seiten der Demokraten noch lauter «No-men» als mögliche Herausforderer figurieren.

EG: Chance verpasst

Westeuropa, genauer die Europäische Gemeinschaft (EG), hätte die Chance, nicht bloss wirtschaftliche, sondern auch politische Grossmacht zu sein. 1991 wurde diese Gelegenheit vergeben. Gemeint ist der Bürgerkrieg zwischen Kroatien und Slowenen. «Hands off» wurden die Amerikaner von den EG-Europäern beschieden. Man werde mit dem «Problem» selbst zu Rande kommen. Doch statt, was auf die aggressiven Serben Eindruck gemacht hätte, Kriegsschiffe vor der jugoslawischen Küsten aufkreuzen zu lassen, schickte die EG Lazarettships. Eine andere Möglichkeit, den Serben Einhalt zu gebieten, hätte sich in einer völkerrechtlichen Anerkennung der durch freie Willensäusserung ihrer Bewohner als unabhängig erklärten Republiken, Kroatien und Slowenien, geboten. Die EG aber zögerte.

Zusammenbruch der UdSSR

Das überragendste Ereignis des beunruhigenden, revolutionären und aggressiven Jahres 1991 ist der politische – und eigentlich auch wirtschaftliche – Zusammenbruch der Sowjetunion. Als politische Wirklichkeit existiert sie nicht mehr.

Den Todesstoss versetzten der Union am 19. August Kreml-Konservative mit einem Putsch-Putsch. Michail Gorbatschew wurde zwar von seinem früheren Freund und – nachdem er diesen 1987 schmählich hatte fallenlassen – politischen Gegenspieler Boris

Jelzin gerettet, aber der Staatspräsident verlor immer mehr an Einfluss und an politischer Macht. So dürfte das politische Ende der Sowjetunion auch das «out» für Gorbatschew sein.

Einen weiteren entscheidenden Todesstoss versetzten der Union am 1. Dezember die Stimmberechtigten der Ukraine, die Gorbatschew nahezu krampfhaft zu neuem Leben in Form einer Union souveräner Staaten zu erwecken versucht hatte. Mit einem Neun-zu-eins-Votum entschieden sich die Ukrainer für staatliche Unabhängigkeit.

Keine Woche danach stellten die Präsidenten der drei slawischen Republiken Russland, Weissrussland und Ukraine in einem verschneiten Jagdhaus unweit von Minsk der Sowjetunion den Totenschein aus. Sie gründeten eine «Völkergemeinschaft unabhängiger Staaten», der auch andere Republiken beitreten könnten.

Das Ende der Sowjetunion bedeutet kein Ende der Konflikte auf dem Gebiet des Exeinheitsstaates. Das ist die düstere Perspektive für 1992. Den Nährboden für Konflikte hat der Zentralstaat über sieben Jahrzehnte lang gezüchtet, indem er Völker in Ketten legte, Völker deportierte, Völker forciert russifizierte, Grenzen verletzte und Grenzen zwischen den Völkern willkürlich veränderte.

Das Konfliktpotential ist immens. Die verblasste Sowjetunion dürfte 1992 die Welt noch gehörig in Atem halten. Das Leben in dem «Koloss» wird für die Menschen immer schwieriger. Die Nahrungspässe sind schlimmer denn je, und die Preise steigen in schwindelerregende Höhe. Die Streitkräfte sind gedemütigt und enttäuscht. Die Politiker haben, Gorbatschew mit eingeschlossen, seit Einführung

der Perestroika – des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbaus vor rund sieben Jahren – ihre Zeit über politische Reformen verdebattiert. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde – unter dem Strich – herzlich wenig getan.

Es mag abwegig erscheinen, aber es ist ebenfalls denkbar, dass Lebensmittel und Konsumgüter absichtlich ferngehalten werden. So etwas wird eine «aktive Massnahme» genannt, mit der zum einen die Provokation eines erneuten Putsches bezweckt wird, zum anderen der Westen zu mehr Hilfeleistungen angespornt werden soll.

Nach dem gescheiterten August-Putsch hatte Boris Jelzin triumphierend verkündet, «Russland ist wiedergeboren!», und sein Stellvertreter, Genadi Burbulis, proklamierte Russland als den «legalen Nachfolger der Sowjetunion».

Russland war nie eine Demokratie. Zum Jahresende 1991 wird es von Jelzin per Dekret regiert. Zusammen bilden die drei slawischen Republiken eine Völkergemeinschaft von über 210 Millionen Menschen. Sie sind die neue Supermacht und wie die alte, jetzt begrabene Sowjetunion vorerst eine militärische Grossmacht, die ihre Ambitionen schon bald anmelden dürfte.

Und noch lange nicht über den Berg sind die jungen osteuropäischen Demokratien. Auch dort sind, falls nicht noch mehr Westhilfe kommt, Rückfälle, autoritäre Regimes erneut denkbar. Schade, dass die reichen westeuropäischen Staaten sich nicht osteuropäische Patenstaaten genommen haben.

Abschied

Vielleicht nimmt im Jahre 1992 die Menschheit bewusster wahr, dass der schwindelerregende Wandel, der sich seit 1989 im Osten vollzogen hat, auch den Abschied von diesem Jahrhundert signalisiert. Abschied bedeutet auch Erneuerung. Diese ist aber mit Geburtswehen verbunden. Das Jahr 1992 wird unruhig verlaufen. □

Christine Salvisberg-Sigg: Würde auch ein Familienhotel führen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Innovationsfähigkeit der Menschen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die extreme Individualisierung des Einzelnen in der Schweiz und der damit einhergehende Mangel an Gemeinschaftssinn.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Elektrizität – Selbsterfahrungsgruppen.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Überschaubarkeit und die Stabilität und die Dackelmentalität.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die vielen Nein-Sager.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Nein – das war einmal.

Warum sind Sie bei der FDP?



Christine Salvisberg-Sigg, neue Präsidentin der Liberalen Partei der Stadt Luzern: Freiheit und Selbstverantwortung sind ihr Lebenselixier.

Ich stamme aus einer Unternehmerfamilie – Freiheit und Selbstverantwortung, tragende Säulen der FDP, sind mein Lebenselixier.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Im Moment kenne ich keinen qualifizierten Bewerber, keine qualifizierte Bewerberin für diese Auszeichnung.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch kluges und differenziertes Argumentieren und Handeln.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Wir brauchen beide gleichermassen und überall.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Ungeduld – Einfühlungsvermögen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Die Schweizer und ihre Arbeit – von Gewissheiten der Vergangenheit zu Fragen der Zukunft» von Christian Lalive d'Epinay.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Velofahren, Tennisspielen und mich mit Kindern beschäftigen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ein Familienhotel führen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Herrn Peter Arbenz. Ich bewundere sein Durchhaltevermögen unter misslichsten Umständen und Anfechtungen. □

Kurzbiographie

Christine Salvisberg-Sigg

Zur Person: Nach längeren Aufenthalten in Zürich, in den USA und in Basel kehrte ich nach dem Tod meines Mannes wieder in die Inner-schweiz zurück, wo ich aufwuchs. Hier lebe ich glücklich und aktiv in einem alten gastfreundlichen Chalet mitten in Luzern, zusammen mit zwei Buben, vielen Tieren und einem langmütigen Lebens- und Geschäftspartner.

Alter: 46.

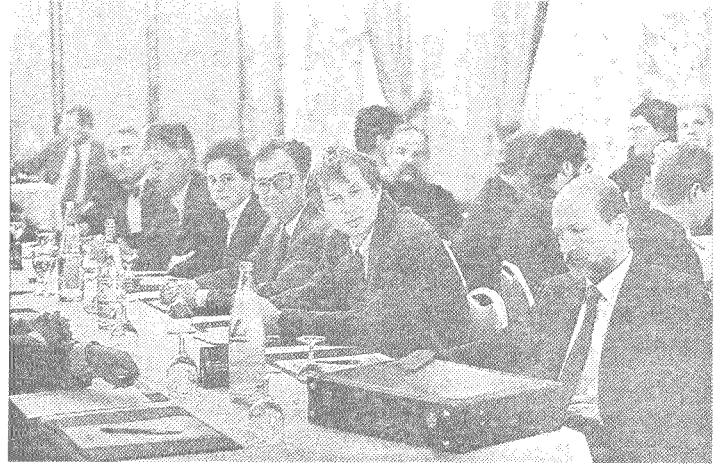
Berufliche Stationen. Matura B in Luzern, Studien an

der Universität Zürich: Psychologie/Philosophie/Soziologie. Zweitstudium: Medizin. Ausbildung zur Kleinkinder-gärtnerin in den USA, Ausbildung zur Liegenschafts-verwalterin und Treuhänderin. Wirtepatent, seit 1981 Partnerin der Firma MENTEC, Umwelt- und Verfahrenstechnik in Luzern.

Politischer Werdegang: 1982 bis 1989 Mitglied der liberalen Fraktion der städtischen Schulpflege. Seit 1989 Vorstand Liberale Frauen-gruppe Luzern. Seit 1990 Vizepräsidentin LPL Stadt, jetzt Präsidentin.

Liebste Tätigkeit: Organisieren – was auch immer! □





Begegnung mit Bundeshausjournalisten: Erwartungsvoll harren «die Neuen» der Dinge, die da kommen sollen. Auf dem Bild links die Nationalräte Christian Miesch (BL), Oscar Fritschli (ZH), Gerold Bührer (SH), Luzi Stamm (AG) und Toni Dettling (SZ). Auf dem Bild rechts im Vordergrund Nationalrat Geo Camponovo (TI). (Photos ruti)



Der neue Schwyzer Ständerat Hans Bisig stellt sich der Bundeshauspresse vor.

Neue Gesichter

16 von insgesamt 62 FDP-Sitzen im eidgenössischen Parlament wurden durch neue Persönlichkeiten besetzt. An vielen Anlässen konnten sie ihre Kolleginnen und Kollegen kennenlernen. An einer besonderen Veranstaltung kam es zu einer ersten Begegnung mit Bundeshausjournalisten.



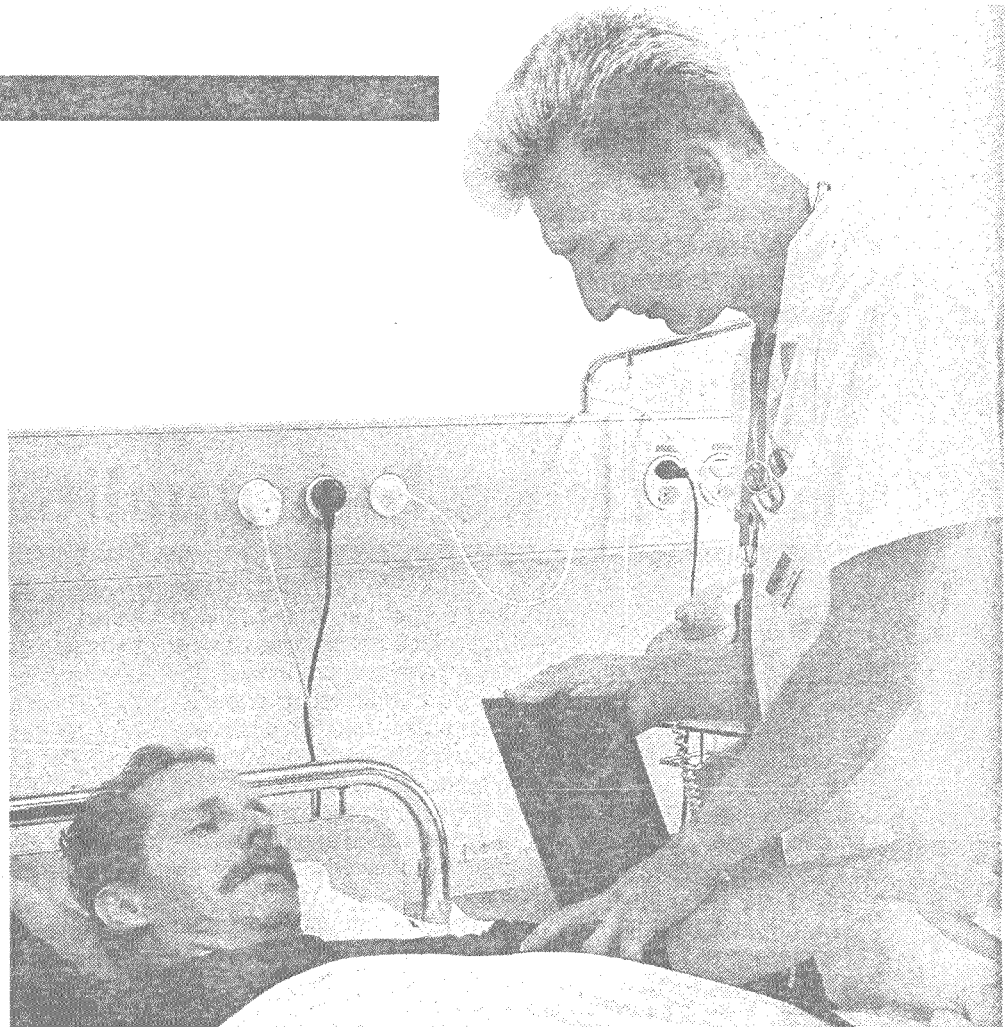
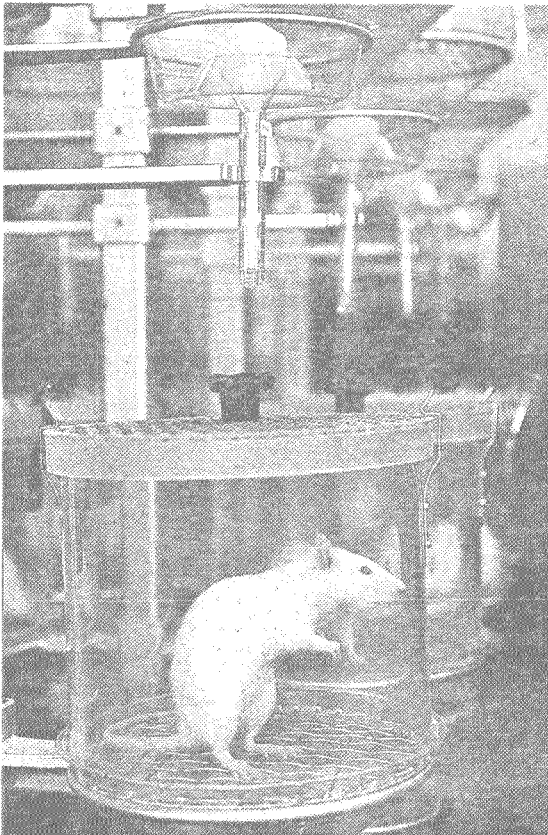
Ob sich hier schon eine (neue) Jassrunde gebildet hat? Nationalrat Toni Dettling und Ständerat Hans Bisig (beide aus dem Kanton Schwyz) mit den Nationalräten Gerold Bührer (SH) und Christian Miesch (BL).



Bauern unter sich: Nationalrat Christian Wanner (SO) im Gespräch mit Milli Wittenwiler (SG).

Urnenengang vom

16. Februar 1992



Am 16. Februar 1992 wird über zwei Initiativen abgestimmt: über die Tierversuchs-Initiative und über die Krankenkassen-Initiative. National- und Ständerat haben beide Vorlagen deutlich verworfen. Die FDP der Schweiz wird ihre Parole am 11. Januar 1992 fassen.
(Photos Keystone und Roche)

Nächste Abstimmungen: Worum geht es?

Tierversuchs-Initiative

Die Volksinitiative des Schweizerischen Tierschutzes «Weg vom Tierversuch» verlangt:

- im Prinzip ein Verbot von Tierversuchen, das heisst, alle Tierversuche sollen verboten sein, «welche weder für die Erhaltung menschlichen oder tierischen Lebens noch für die Heilung oder Linderung von Leiden Bedeutung haben».
- einen eng begrenzten Katalog auf Gesetzesebene, der die Ausnahmen von diesem grundsätzlichen Verbot von Tierversuchen bezeichnet. Falls innert fünf Jahren kein Gesetz besteht, werden sämtliche Tierversuche verboten.
- dass Tierschutzorganisationen Verbandsbeschwerden oder -klagen gegen die erteilten Bewilligungen erheben können.

Der Nationalrat lehnte in der Frühjahrssession 1991 die Tierversuchs-Initiative mit 92 zu 25 Stimmen ab. In der gleichen Session sagte auch der Ständerat deutlich Nein mit 33 zu 4 Stimmen.

Krankenkassen-Initiative

Die Volksinitiative des Konkordats der Schweizerischen Krankenkassen «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» will:

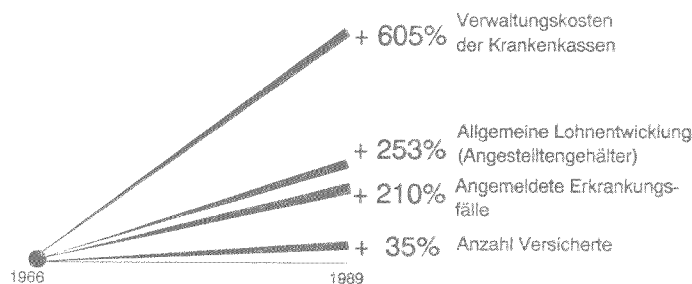
- eine massive Aufstockung der Bundesbeiträge an die Krankenkassen.
- eine staatliche Festsetzung des medizinischen Leistungsangebotes für den gesamten Bereich der Krankenversicherung.
- den Ausschluss der Privatassekuranz vom gesamten Kranken- und Unfallversicherungsbereich.
- den Sozialausgleich durch Steuermittel der Kantone.

Die Krankenkassen-Initiative wurde in der Frühjahrssession 1990 sowohl im Ständerat mit 37 gegen 3 Stimmen als auch im Nationalrat mit 116 gegen 11 Stimmen wuchtig verworfen.

Titelgeschichte

Die Initiative der Krankenkassen, die am 16. Februar 1992 zur Abstimmung gelangt und mit dem verhänglichen Titel «Für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» eine Rekordzahl von Unterschriften erreichte, bringt keine Lösungsansätze für Kosteneinsparungen oder Transparenz. Die Krankenkassen wollen sich durch einen Verfassungsartikel das ausschliessliche Recht zum Abschluss von Krankenversicherungen zuhalten. Private Versicherungsgesellschaften werden von der Grundversicherung ausgeschlossen.

Aufwendige Krankenkassenbürokratie



Die Krankenkassen wollen mit ihrer Initiative den Wettbewerb unter den Kassen ausschalten. Die Verwaltungskosten dürften dann noch höher werden!
(Graphik Wf)

Gefährliches finanzpolitisches Experiment

Nationalrätin Trix Heberlein (ZH)*

Die Initiative verspricht stabile Prämien. Dies könnte höchstens durch massive Subventionserhöhungen für die Kassen geschehen.

Die dafür anfänglich notwendigen 2,1 Milliarden Franken pro Jahr, die sich bis auf 4 Milliarden in den folgenden Jahren erhöhen, hätten massive Steuererhöhungen zur Folge. Dass diese vom gleichen Bürger bezahlt werden müssen, ist wohl selbstverständlich.

Nicht nur bei der heutigen Finanzlage des Bundes ist eine derart überproportionale Erhöhung von Bundessubventionen untragbar – sie ist auch aus grundsätzlichen Gesichtspunkten abzulehnen. Die Initiative ändert nichts an bestehenden falschen Grundlagen. Statt gezielt Prämienverbilligungen für sozial Schwache, ältere Menschen, Frauen und Kinder zu erreichen, wird das Giesskannenprinzip untermauert.

Monopol statt Wettbewerb

Weder werden die Kassen noch die Leistungserbringer zur Kostentransparenz ange-

halten, noch werden Anreize zu kostensparendem Verhalten geschaffen – im Gegenteil! Der Wettbewerb unter den Kassen wird ausgeschaltet; sie erhalten jedes Jahr mehr Bundesgelder. Wofür sie verwendet werden, ist ohne massiven Verwaltungsaufwand nicht kontrollierbar.

Eine Annahme der Krankenkassen-Initiative kostet den Steuerzahler jährlich mehrere Milliarden Franken und bewirkt lediglich eine einseitige massive Unterstützung der dann als Monopol zugelassenen Kassen.

Dringend notwendig aber sind neue, freiheitliche Ansätze im Gesundheitswesen: mehr Wettbewerb und Transparenz, Förderung der Eigenverantwortlichkeit und Anreize zu sparsamem Verhalten.

Für Gesamtrevision

Einen guten Ansatz in diese Richtung bringt die ebenfalls vom Bundesrat verabschiedete Gesamtrevision des Krankenversicherungsgesetzes entsprechend der Vorlage der Expertenkommission Schoch.

Die Anstrengungen für echte Verbesserungen müssen nun auf die Revision des Krankenversicherungsgesetzes konzentriert werden. Sie sieht Kostendämpfungsmassnahmen vor und setzt die Bundesmittel gezielt ein für Prämienverbilligungen zu Gunsten jener Versicherten, die darauf angewiesen sind.



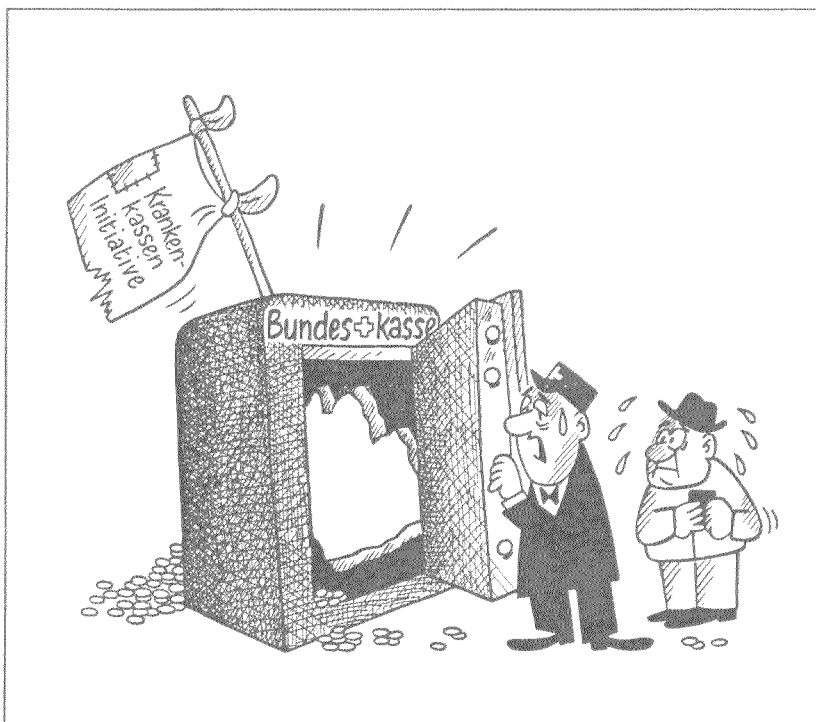
FDP-Nationalrätin Trix Heberlein: «Die Krankenkassen-Initiative bringt keine Lösungsansätze für Kosteneinsparungen oder Transparenz.»

(Photo ruti)

Statt unverhältnismässige, verfassungsrechtlich fragwürdige Notmassnahmen oder gefährliche finanzpolitische Experimente sollten sich alle Beteiligten auf echte und zeitgemässe Lösungen in einer seriösen Gesetzesreform konzentrieren.

Die Krankenkassen-Initiative muss deshalb deutlich abgelehnt werden. □

* Co-Präsidentin des überparteilichen Schweizerischen Aktionskomitees gegen Steuermilliarden für die Krankenkassen.



Die Krankenkassen fordern in ihrer Initiative vom Bund massive Subventionserhöhungen. Massive Steuererhöhungen wären unweigerlich die Folge!
(Karikatur R. A. Stafford)

Zuviel Tierschutz gefährdet den Menschen

Die Initiative des Schweizerischen Tierschutzes «Weg vom Tierversuch» bereitet den Forschern und Forscherinnen, der Industrie und den Universitäten grosse Sorgen. Sie sind der Ansicht, dass eine Annahme der Initiative zu einer nicht verantwortbaren Behinderung der industriellen sowie der universitären Forschung und zu einem praktischen Stopp der Grundlagenforschung führen würde. Die Initiative missachtet

die Bedürfnisse der Forschung und verweigert Mensch und Tier das Recht auf medizinischen Fortschritt. Der Bundesrat, das Parlament, die Schweizer Ärzte und Ärztinnen (FMH), die Schweizerische Tierärztesgesellschaft wie auch die Schweizerischen Akademien der Naturwissenschaften und der Medizin lehnen deshalb diese Initiative mit ihren extremen Forderungen ab.

Prof. Dr. Paul Walter,
Universität Basel*

Die Initiative wurde einige Monate vor der Abstimmung über die Weber-Initiative Ende 1985 als sogenannte mässige Variante zur Unterschrift aufgelegt. Die Weber-Initiative wollte ja seinerzeit die totale Abschaffung aller Tierversuche, was vom Volk mit siebzig Prozent der Stimmenden abgelehnt wurde.

Die jetzt vorliegende Initiative verlangt in ihrem Wortlaut wiederum ein grundsätzliches Verbot der Tierversuche, davon sollen aber in einer neu zu schaffenden Gesetzgebung in sehr engem Rahmen Ausnahmen möglich sein. Diese Ausnahmen beschränken sich im Prinzip auf Tierversuche, welche für die Erhaltung menschlichen oder tierischen Lebens oder für die Heilung oder Linderung erheblichen Leidens eine entscheidende Bedeutung haben. Die Grundlagenforschung, die diesen direkten Bezug in der Regel nicht nachweisen kann, wird dadurch praktisch verunmöglicht.

Die Grundlagenforschung ist aber bekanntlich die Voraussetzung für jede angewandte und somit zukünftige medizinische und klinische Forschung. Sie ist unerlässlich, um die heute immer noch unheilbaren Krankheiten wie Aids, Alzheimer, multiple Sklerose, Krebs, Lähmungen und andere lindern oder heilen zu können.

Ein weiterer Kernpunkt des Volksbegehrens ist die Forderung nach dem Verbandsbeschwerde- und Verbandsklagerecht gegenüber Bundes- und Kantonsbehörden für Organisationen, welche sich nach ihren Statuten mit Tierschutz befassen. Damit würde den Tierschutzorganisationen ermöglicht, die jetzt zirka 1800 Bewilligungen pro Jahr durch Einsprachen anzufechten und damit entsprechende Versuche zu verzögern oder gar zu verhindern.

Ob die Bewilligungserteilungen zu Recht oder zu Unrecht erfolgt sind, muss dann auf dem jahrelangen Weg über die Gerichtsinstanzen entschieden werden. Damit Forschungsprojekte mit Tierversuchen beschwerdefähig wären, müssten sie im voraus veröffentlicht werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Forschungsprojekte in der schweizerischen Industrie und an den Universitäten wäre damit gefährdet.

Entgegen den Aussagen des Schweizerischen Tierschutzes gehen die Forscher davon aus, dass die Tierschutzorganisationen, insbesondere die extrem ausgerichteten, vom Recht der Verbandsbeschwerde ausgiebig Gebrauch machen werden. Die Weiterführung der aktuellen Forschung würde somit verunmöglicht.

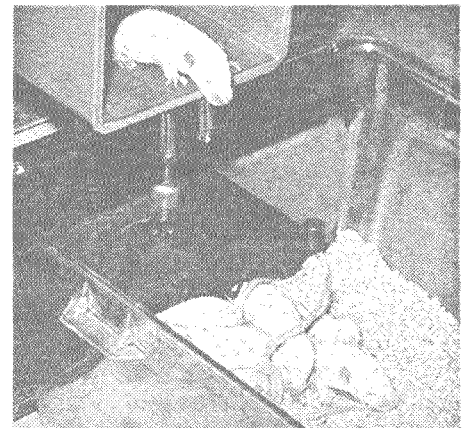
Wie erwähnt hat das Parlament die Initiative abgelehnt, aber im Gegenzug das Schweizerische Tierschutzgesetz verschärft. Dabei ist das Parlament den Initianten in einigen wichtigen Punkten entgegengekommen; so wurde unter anderem durch die Einführung des Behörde-Beschwerde-

rechts dem Bund die Möglichkeit gegeben, bei ungleichen Vollzugsmassnahmen der Kantone einzugreifen. Auch sind durch die kürzlich erlassene Verordnung schärfere Definitionen betreffend die Unerlässlichkeit des Tierversuchs erlassen worden.

Die Schweiz besitzt zweifellos eines der strengsten Tierschutzgesetze Europas und gewährleistet eine vernünftige Handhabung der Tierversuche. Alle Versuche unterliegen einem amtlichen Bewilligungsverfahren. Unabhängige kantonale Kontrollkommissionen wachen darüber, dass die Gesetze eingehalten werden. Seit der Inkraftsetzung des Schweizerischen Tierschutzgesetzes 1983 ist die Zahl der in Versuchen eingesetzten Tiere um zirka fünfzig Prozent zurückgegangen.

Die Alternativmethoden, etwa mit isolierten Organen und Zellen, wurden schon in den siebziger Jahren in der Grundlagenforschung sehr aktiv angewendet und werden auch heute überall dort eingesetzt, wo sie für die Fragestellung geeignet sind. Die Weiterentwicklung dieser Methoden ist in vollem Gange. Versuche am Ganztier werden jedoch in absehbarer Zeit nicht durch Alternativmethoden ersetzbar sein. Dazu sind unsere Kenntnisse über den integrierten Stoffwechsel des Organismus noch viel zu klein.

Die Forschung an den Universitäten und in der Industrie erfordert einen gewissen Grad an Freiheit. Eine weitere Einengung führt zu einer Schwächung der universitären und



Die Schweiz besitzt eines der strengsten Tierschutzgesetze Europas und gewährleistet eine vernünftige Handhabung der Tierversuche. Die Forscherinnen und Forscher respektieren den Grundsatz der Ehrfurcht vor dem Leben von Mensch und Tier. Im Interesse des medizinischen Fortschritts für Mensch und Tier sind Tierversuche aber weiterhin nötig.

industriellen medizinischen Forschung, die nicht akzeptiert werden kann.

Bei der Annahme der Initiative ist mit einem Verlust an hochqualifizierten Arbeitsplätzen in unserem Lande zu rechnen, und der Forschungsplatz Schweiz würde viel von seiner internationalen Bedeutung einbüßen.

Die ethischen Richtlinien der Schweizerischen Akademien der Naturwissenschaften und der Medizin haben viel dazu beigetragen, dass die Forscher und Forscherinnen den ethischen Grundsatz der Ehrfurcht vor dem Leben von Mensch und Tier respektieren und Tierversuche so weit als möglich einschränken. Zuviel Tierschutz jedoch gefährdet den Menschen.

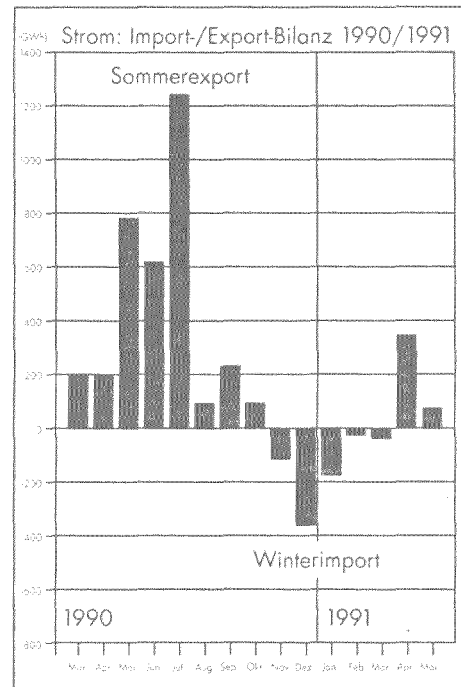
Aus diesem Grunde ist auch die vorliegende Initiative als zu extrem abzulehnen. □

* Präsident der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften.

Speicherkraftwerke - Aus Sommerüberschuss wird Winterstrom



Stausee Limmernboden des Pumpspeicherwerks Tierfehd (Kanton Glarus).



Sommerexport/Winterimport.

Immer im Sommer, wenn unsere Flüsse und Bäche viel Wasser führen, produzieren die Schweizer Wasserkraftwerke viel Strom. Zuviel Strom für die Sommerferienzeit. Zur Winterszeit ist es gerade umgekehrt. Dann führen Bäche und Flüsse weniger Wasser, produzieren also auch weniger Strom. Gleichzeitig wird aber mehr Strom verbraucht. Deshalb wird im Sommer Wasser in Stauseen zurückgehalten, um es im Winter für die Stromproduktion zu nutzen.

WASSERKRAFT: STROMSPEICHER FÜR DEN WINTER

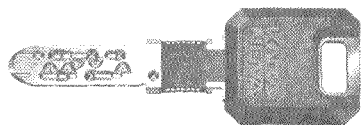
Überschüssiger Sommerstrom kann entweder ins Ausland exportiert oder dazu benutzt werden, Wasser in höher gelegene Stauseen zurückzupumpen und so den sommerlichen Stromüberfluss für den winterlichen Strommangel zu speichern. Diese Art Speicherkraftwerke heissen Pumpspeicherwerke. Mit allen Speicherkraftwerken können wir einen Drittel unseres jährlichen Stromverbrauchs decken.

STAUSEEN BEREICHERN ALPENLANDSCHAFT

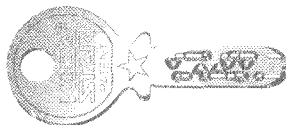
Für die sichere Stromversorgung der Schweiz im Winter ist die Vergrößerung der Speicherkapazität in den alpinen Stauseen ebenso wichtig wie das Stromsparen und die Förderung alternativer Stromproduktionsmöglichkeiten. Alpine Stauseen sind zugleich eine Bereicherung der oft kargen Alpenlandschaft.

EIN DISKUSSIONSBEITRAG IHRER SCHWEIZERISCHEN ELEKTRIZITÄTWERKE.

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:
Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/9316111, Fax 01/9316385



Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdzeitungen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

Mit der Paraphierung des Transitabkommens zwischen der EG und der Schweiz nach dreijährigen Verhandlungen ist es gelungen, nicht nur eine für die Schweiz überaus vorteilhafte Lösung zu besiegeln, sondern überdies eine wichtige Voraussetzung für den Abschluss des EWR-Vertrags zu schaffen. Die Schweizer Verhandlungsdelegation unter Botschafter Jakob Kellenberger verdient hohe Anerkennung.

Nationalrat Ulrich Fischer (AG)

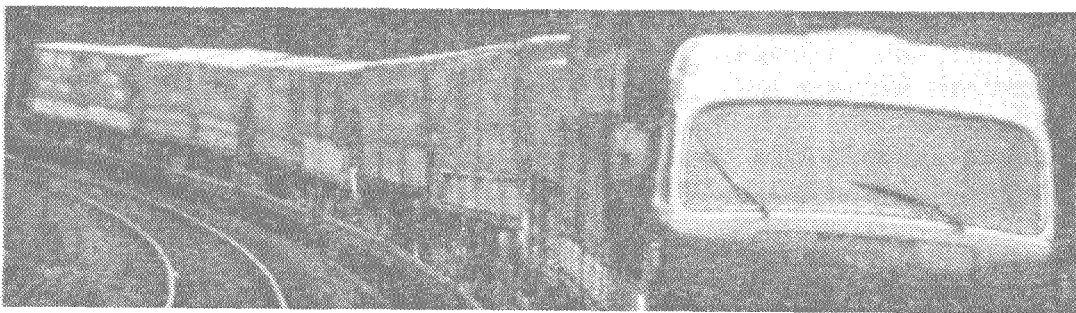
Das Transitabkommen stellt eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Zustandekommen des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum dar; ohne dieses Transitabkommen böte die EG nicht Hand zum Abschluss des EWR-Vertrags. Umgekehrt kann aber das Transitabkommen auch in Kraft treten, wenn der EWR-Vertrag scheitern sollte.

Während der EWR-Vertrag der Genehmigung von Volk und Ständen unterliegt, sind für die Ratifikation des Transitabkommens die eidgenössischen Räte abschliessend zuständig. Es kann somit nach Zustimmung durch das Parlament unabhängig vom Schicksal des EWR-Vertrages in Kraft treten.

Hauptanliegen durchgesetzt

In der ersten Phase der Verhandlungen war die EG mit dem Ansinnen an die Schweiz herantreten, die 28-Tonnen-Limite für das Gesamtgewicht (Fahrzeug und Ladung) der Strassenfahrzeuge generell zugunsten der europäischen Norm von 40 Tonnen fallenzulassen. In der Folge lautete die Forderung auf Schaffung eines 40-Tonnen-Korridors durch unser Land. Schliesslich gelang es den Schweizer Unterhändlern, sowohl die 28-Tonnen-Limite als auch das Nacht- und

Das Transitabkommen: Erfolg der Schweizer Diplomatie



Der kombinierte Schienen-Strassen-Verkehr bildet das Kernstück des Transitabkommens.

Sonntagsfahrverbot durchzusetzen und lediglich einige wenige Konzessionen mit dem sogenannten Überlaufmodell zugestehen zu müssen. So wird die Schweiz verpflichtet, bei erschöpften Bahnkapazitäten die Durchfahrt von maximal 50 40-Tonnen-Lastwagen mit verderblichen oder dringlichen Gütern pro Tag in jeder Richtung zu gestatten. Dabei dürfen aber lediglich LKW eingesetzt werden, die den neuesten Umweltvorschriften der EG entsprechen, d. h. nicht älter als zwei Jahre sind.

Unschön an dieser Konzession ist lediglich die Tatsache, dass sie nur für EG-Fahrzeuge gilt; schweizerische und andere EFTA-Transportunternehmen werden klar diskriminiert.

Freier Zugang zum EG-Markt

Im übrigen sind die Vorschriften unseres Strassenverkehrsgesetzes an die EG anzugleichen, vor allem die technischen Normen, wobei die wohl

wesentlichste Änderung – die Lastwagenbreite – vom Schweizervolk im letzten Jahr bereits beschlossen wurde. Für das Schweizer Transportgewerbe wesentlich ist der freie Zugang zum EG-Markt mit 40-Tonnen-Fahrzeugen, der lange Zeit in Frage gestellt schien.

Auf dem Sektor der Verkehrsabgaben wurde vereinbart «soweit möglich» eine Angleichung zwischen der Schweiz und der EG anzustreben. Die Formulierung lässt leider für die Schweiz die Hintertür offen, hier dennoch ein Sonderzüglein zu fahren und höhere oder weitergehende Abgaben als die EG einzuführen oder beizubehalten. Es wird an den Politikern liegen zu verhindern, dass von dieser Möglichkeit allzu extensiv Gebrauch gemacht wird.

Infrastrukturvereinbarung

Im Transitabkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, die

Kapazität der bestehenden Schienenverbindungen bis 1994 zu verdreifachen und längerfristig die neuen Eisenbahnalpentransversalen zu bauen. Sollte das Neat-Projekt scheitern, so wäre die Schweiz ausserstande, eine wichtige Bestimmung des Transitabkommens zu erfüllen. Eine Ablehnung der Alpentransitvorlage durch das Schweizervolk in der – allerdings noch nicht feststehenden – Referendumsabstimmung würde somit auch den EWR-Vertrag in Frage stellen.

Um die optimale Ausgestaltung des kombinierten Verkehrs Schiene/Strasse sicherzustellen, haben Deutschland, Italien und die Schweiz eine ergänzende Vereinbarung abgeschlossen, welche vor allem die Bereitstellung einer genügenden Infrastruktur für diese Transportform sicherstellen soll. Dazu gehören nicht nur die Strecken- und Tunnelbauten in der Schweiz, sondern auch die Zufahrtsstrecken und Terminals im Norden und Süden unseres Landes.

Fazit

Das Transitabkommen stellt einen wichtigen Schritt zur Integration der Schweiz in den Europäischen Wirtschaftsraum dar. Es bringt bedeutende Liberalisierungen, ohne die wichtigsten Umweltschutzanliegen der Schweiz in Frage zu stellen. Es dürfte auch dem Abschluss eines für die Swissair lebenswichtigen Luftverkehrsabkommens förderlich sein, was mit einer gemeinsamen Erklärung der Vertragsparteien bekräftigt wird. □



FDP-Nationalrat Ulrich Fischer: «Das Transitabkommen bringt bedeutende Liberalisierungen, ohne die wichtigsten Umweltschutzanliegen der Schweiz in Frage zu stellen.» (Photo ruti)

Europäische Integration – Perspektive für Schweizerinnen?

Die Feststellung, namentlich in Europa seien wir Zeugen der bedeutsamsten historischen Weichenstellungen der Nachkriegszeit, ist innert kürzester Zeit fast zum Gemeinplatz geworden. Fragt man, worin die wichtigsten Herausforderungen unseres Landes in den nächsten Jahren bestehen, lautet die Antwort fast stereotyp «Europäische Integration» und Demokratisierung in Osteuropa. Die vielen Fragen, welche die Zukunft unseres Landes tiefgreifend treffen, werden praktisch unter Ausschluss der Frauen diskutiert.

**Nationalrätin
Dr. Lili Nabholz-
Haidegger (ZH)**

Die Ausrichtung der Schweiz auf den europäischen Aufbruch hat ohne Zweifel neue Dimensionen in unser politisches Leben gebracht. Das ist gut so, und es schadet nichts, dass die Zeiten europapolitischer Unverbindlichkeiten vorbei sind. Das wirkt namentlich auch nach innen gegen gewisse Verkrustungstendenzen und erfordert in zahlreichen Bereichen eine Überprüfung bisheriger Haltungen. Die Beschränkung auf den eigenen Raum hat bei uns seit Niklaus von Flüe, der den Zaun nicht zu weit machen wollte, Tradition und hinderte uns oft an einer weltoffenen Haltung.

Vom Sonderfall zum Normalfall

Zweifellos hat das zusammenrückende Europa in unserem Land seine Spuren hinterlassen. Allein die Diskussion rund um EG, EWR oder Alleingang

hat geistige Prozesse ausgelöst. Institutionelle Fragen um Föderalismus, Volksrechte und Neutralität, die normalerweise keine hohen Wellen werfen, sind plötzlich zu zentralen Themen geworden. Im Gegensatz zu früher, wo im Stile einer gewissen Igelmentalität eher negative Reflexe zu verzeichnen waren, wenn in einzelnen Sachfragen auf internationale Standards verwiesen wurde, ist die Orientierung an diesen Standards nicht nur salonfähig geworden, sie gehört heute zum politischen Instrumentarium.

Unser Land hat sich auf den Weg begeben, um vom Sonderfall zum Normalfall zu werden. Und selbst das berühmt gewordene EG-Wort von Staatssekretär Blankart – «beitrittsfähig bleiben, um nicht beitreten zu müssen» – muss heute der Sentenz von Bundesrat Koller weichen, der mahnt, dass der Schritt vom Sonderfall zum Sonderling klein sei.

Vieles ist rasch, für einige wohl zu rasch in Fluss geraten. Das weckt auch Widerstände. Es ist paradox: Obgleich wir soviel von der Europafrage hören und so viele darüber sprechen, sind die Diskussionen bisher eher Diskussionen unter Insidern geblieben. Im allgemeinen sind die Vorstellungen eher vage, und ausser einzelnen Schlagworten ist die ganze Dimension der Fragestellung noch nicht tief ins Bewusstsein gedrungen.

Nur wenige können von sich behaupten, sie hätten den Überblick. Dies obgleich wir von offizieller Seite wie über die Medien mit einer Flut von Informationen überschüttet werden. Vielleicht ist es fast zuviel, um wirklich verarbeitet und eingeordnet zu werden. Dass sich die Szenarien und Ausgangslagen überdies ständig verändern, erleichtert den Zugang auch nicht.

Ausschluss der Frauen

Ein weiteres fällt auf. All diese Fragen, welche die Zukunft



FDP-Nationalrätin Dr. Lili Nabholz-Haidegger: «Wenn von der Schweiz oder über die Schweiz gesprochen wird, dann geschieht dies häufig im Verbund mit (Platz). Die verschiedenen Plätze interessieren mehr als das Ganze. Die Schweiz als Lebensraum zu begreifen wäre demgegenüber etwas viel Umfassenderes.»

unseres Landes wohl ähnlich tiefgreifend treffen, wie die Gründung des Bundesstaates von 1848, werden praktisch unter Ausschluss der Frauen diskutiert. Nur wenige Frauen sind in der Europadiskussion präsent, und entsprechend schwach wird sie darum von Frauen beeinflusst.

Der Ausschluss erfolgt selbstverständlich weder explizit oder gar formal. Es hat sich einfach wieder einmal so ergeben – was auch kein Zufall ist. Wir finden auch hier die klassische Struktur vor, wonach für die wichtigen Geschäfte die Männer zuständig sind und den Frauen der Nebenschauplatz vorbehalten bleibt. Oder eine Parallele zur Familie, wo Frauen mehr den Innenbereich, Männer die Aussenbeziehungen pflegen.

Das Thema Europa ist damit «männlich» besetzt, im eigent-

lichen wie im übertragenen Sinn. An dieser Feststellung ändern die wenigen Ausnahmen, die bloss die Regel bestätigen, nichts. Dies könnte sich bei einer späteren Abstimmung – sei es über den EWR oder einen Beitritt – negativ auswirken.

Schrittmacherdienste

Die Lücke beeinflusst aber auch Inhalte, Stil und Prioritäten in der bisherigen Europadiskussion. Dabei hätten Frauen allen Grund, sich gerade hier einzumischen. Aussenpolitik wird zunehmend innenpolitisch relevant. Ein substantieller Beitrag der Frauen wäre somit nötig. Dies um so mehr, als wir ohnehin feststellen müssen, dass die Schweiz bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen gegenüber dem umliegenden Ausland immer etwas hinterherhinkt. Die Dynamik, welche vom Integrationsprozess ausgeht, könnte durchaus auch frauenpolitisch

Schrittmacherdienste bei uns leisten.

Eine entsprechende Erfahrung konnten wir vor Jahren mit der Uno-Dekade der Frau machen. Die in diesem Zusammenhang beschlossenen Leitlinien und Aktionsprogramme führten bei uns zu eindeutigen Reflexen. Dasselbe gilt für die Aktivitäten des Europarates in diesem Fragenbereich. Es gibt also keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Schweizerinnen nicht auch vom EG-Standard bezüglich Gleichberechtigung profitieren können.

Gleichstellungspolitik

Der Gesamtkomplex Benachteiligung der Frau ist in bisher fünf EG-Richtlinien und im Rahmen von drei mittelfristigen Aktionsprogrammen aufgegriffen. Sie betreffen im wesentlichen die Lohngleichheit, die Gleichbehandlung in der Beschäftigung und in der sozialen Sicherheit. Die Richtlinien ziehen schwerpunktmässig auf Rechtsvorschriften und Verwaltungsmassnahmen und richten sich sowohl gegen unmittelbare wie mittelbare Diskriminierungen.

Die Aktionsprogramme enthalten eigentliche Massnahmenbündel wie:

- die intensive Kontrolle der Einhaltung bereits verabschiedeter Richtlinien,

- die Verwirklichung der Chancengleichheit in der Praxis durch positive Aktionen und Fördermassnahmen bis hin zur Quotierung.

Nicht zu übersehen sind auch die frauenpolitischen Aktivitäten des Europäischen Parlaments, das übrigens mit 18,3 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil aufweist.

«Last, but not least» ist auf die wegleitende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes etwa in Fragen der Lohngleichheit hinzuweisen.

Es lässt sich also zusammenfassend feststellen, dass Gleichstellungspolitik einen unverzichtbaren Teil der Europapolitik darstellt. Die Richtlinien und Aktionsprogramme gehen teils wesentlich weiter, als was bisher auf diesem Gebiet in der Schweiz an die Hand genommen wurde. Insbesondere schwebt der EG

auch ein wesentlich anderes Frauenbild vor, als dies bei uns vorherrscht. So wird akzeptiert, dass für Frauen eine langfristige Berufsperspektive und beruflicher Aufstieg eine selbstverständliche Lebensperspektive darstellen.

Keine Illusionen

Nun gebe ich mich allerdings keineswegs der Illusion hin, in den EG-Mitgliedstaaten sei für die Frauen dank diesen Richtlinien, Massnahmen und Aktionsprogrammen alles viel besser bestellt. Eine Analyse der Frauensituation in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt, dass die Effekte der bisherigen Gleichstellungspolitik faktisch weniger weit gehen, als auf dem Papier verankert. Offenkundige Benachteiligungen sind wohl gemildert, aber noch längst nicht beseitigt.

Der Spielraum, den die EG-Gleichbehandlungspolitik den einzelnen Ländern belässt, ist zudem gross und kann bei der Umsetzung in den einzelnen

Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden.

Unverkennbar ist auch, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen nicht auf dem Feld der Frauenpolitik entschieden werden. Sie hängen primär mit anderen, namentlich allgemeinen ökonomischen Entscheidungen zusammen.

Es hängt darum wesentlich von der Stärke, Vernetzung und Durchsetzungsfähigkeit der Frauen und ihrer Verbände ab, ob und wie es ihnen gelingt, sich in die Auseinandersetzung auf diesen ökonomischen Politikfeldern einzumischen und die Kräfte an den entscheidenden Punkten zu bündeln.

Eigene Werthaltungen

An dieser Stelle drängt sich darum die Frage auf, ob die Schweizerinnen mit ihren Organisationen bereit wären, eine solche Rolle zu übernehmen. Ich bin da sehr skeptisch,

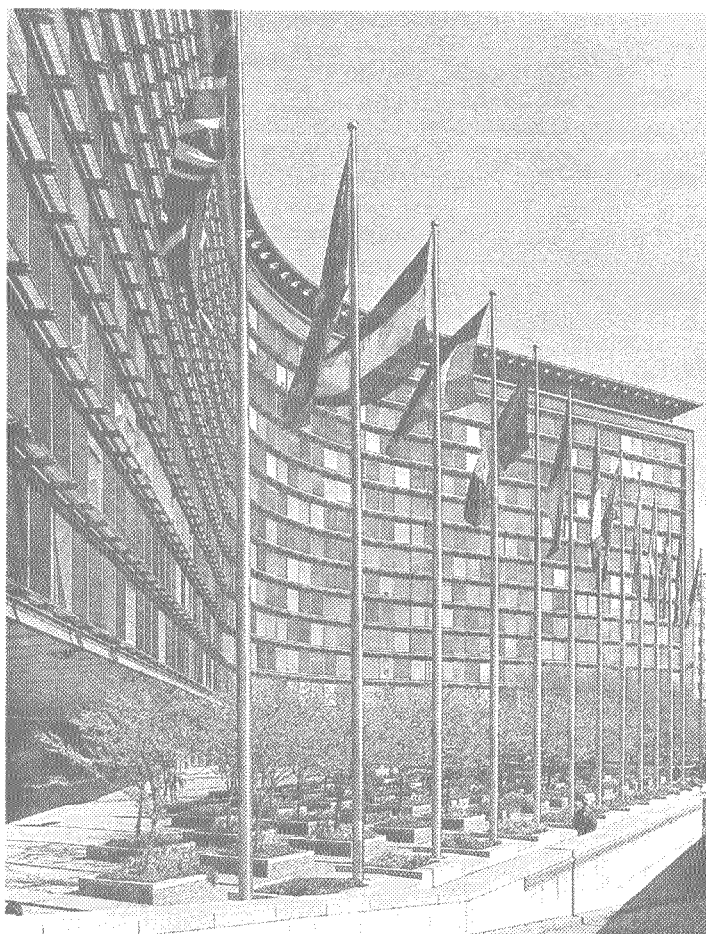
denn die ursprüngliche Kraft der Frauenbewegung ist auf dem bisher langen Marsch durch die Institutionen ziemlich aufgerieben worden. Paradoerweise ist trotz Emanzipation immer noch eine Hemmung festzustellen, die frauenspezifische Interessenlage einzubringen. Was für andere Interessengruppen, seien das Bauern oder Bankkreise, Gewerkschaften oder Arbeitgeber, Umweltschützer, Konsumentenorganisationen und andere Lobbies, selbstverständlich ist, stösst bei Frauen – wenn es um ihre Sache geht – auf Ablehnung. Dabei wäre es doch die natürlichste Sache der Welt, die eigenen Vorstellungen auch auf den Tisch zu legen.

In fast allen Stellungnahmen über das Verhältnis der Schweiz zu Europa wird auf die schweizerische Identität verwiesen. Zu dieser gehören aber ohne Zweifel nicht nur männliche Wertvorstellungen. Darum scheint es mir entscheidend, dass Frauen ihre eigenen Werthaltungen, die auch Teil unserer Kultur sind, einbringen.

Frauen haben sich schon immer als Nährboden und Quelle neuer Denkweisen und als Weg zu unbekanntem Horizonten erwiesen. Es hat seit je zur Überlebensstrategie der Frauen gehört, Pioniergeist zu entwickeln. Sie stellen einen grossen Teil dessen, was man heute so modern als «human resources» benennt. Aus Erfahrung wissen wir, dass sie – ob von Natur aus oder auf Grund ihrer Geschichte, sei dahingestellt – Fähigkeiten entwickelt haben, mentale Barrieren abzubauen. Oder, um mit den Worten der deutschen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth zu sprechen, «Frauen bringen Fähigkeiten ein, Akzeptanz zu erhöhen».

Neuer Zugang

Wir sind Zeugen eines allgemeinen Wertewandels, dessen Trägerinnen vor allem auch die Frauen sind. Das Entdecken der eigenen Geschichte, die kritische Distanz zum rein Rationalen, die Entwicklung neuer Ansätze in Kultur und Wissenschaft, die Suche nach



FDP-Nationalrätin Dr. Lili Nabholz-Haidegger: «Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Schweizerinnen vom EG-Standard bezüglich Gleichberechtigung profitieren können.»

(Photo Keystone)

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

ganzheitlichen Lösungen sind Elemente und Kennzeichen davon. Die existentiellen Probleme, mit denen die Menschheit heute konfrontiert ist, Entwicklungen, die in eine Sackgasse zu führen drohen, rufen nach einer Verlagerung der Gewichte.

Gefragt ist insbesondere das sogenannt vernetzte Denken. Das tut auch in der Europadiskussion not. Die europäische Integration hat nicht nur mit Wirtschaftsinteressen zu tun. Europa ist nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern – leider vergessen wir dies allzu oft – ein Lebensraum, ein Zusammenlebensraum. Alles, was an diesem Lebensraum teilhat, steht in einem wechselseitigen Bezug, ist aufeinander angewiesen und wirkt aufeinander ein. Und, so wie die Welt heute von einem immer dichter werdenden Netz von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägt ist, ist auch unser schweizerischer Lebensraum in sich und mit diesem Netz fest verwoben.

Damit wird allerdings zunächst bloss ein unbestrittener und wohl auch banaler Sachverhalt umschrieben, der noch nichts aussagt über die herrschenden Wertordnungen und den Umgang mit diesen Abhängigkeiten. Gerade hierin liegen aber die Kernfragen. Vielleicht hilft uns darum aus diesem Dilemma der Begriff der Kultur. Ein Lebensraum ist immer auch ein Kulturraum. Dieser will nicht bloss organisiert und verwaltet, sondern gepflegt und weiterentwickelt werden. Der Begriff «Cultura» enthält ja in seinem ursprünglichen Sinn die Pflege. Pflege verlangt bekanntlich Sorgfalt, Verantwortung und Einfühlungsvermögen. Sie ist mehr als Schutz und Abwehr von Eingriffen, mehr auch als materielle, technische Massnahmen. Sie ist in erster Linie gekennzeichnet durch Sorge-tragen und Weitsicht. Vielleicht ist dieser, ich würde sagen «weibliche» Ansatz ein neuer Zugang zur schwierigen Europadiskussion in unserem Lande.

Plätze statt Räume

Leider sind wir in der Praxis von diesem Ansatz aber noch weit entfernt. Wenn von der

Schweiz oder über die Schweiz gesprochen und geschrieben wird, dann geschieht dies häufig im Verbund mit dem Wort «Platz». Die Schweiz als Wirtschaftsplatz, als Werkplatz, als Denkplatz, als Finanzplatz und was der Plätze mehr sein mögen. Dass dem so ist, ist kein Zufall. Es widerspiegelt bloss die Tatsache, dass im allgemeinen die verschiedenen Plätze mehr interessieren als das Ganze. Entsprechend sorgen wir uns auch intensiv um das Wohlergehen der einzelnen «Plätze», intensiver oft als um die Gesundheit des Ganzen.

Die Schweiz als Lebensraum zu begreifen wäre demgegenüber etwas viel Umfassenderes. Leben ist mehr als wirtschaften, denken, finanzieren, werken. Während ein Platz Vorstellungen von Begrenztheit, Funktionalität, etwas klar Umrissenem wecken, assoziieren wir mit Raum automatisch Dynamik und Offenheit.

Erfahrungen nutzen

Diesen anderen Ansatz bezeichne ich als weiblich. In den Jahrtausenden, in denen Frauen ausgeschlossen waren und auf die Bereiche des Privaten, des Hegens und Pflegens, der Emotionalität, der Fürsorge und Dienstbereitschaft verwiesen wurden, haben sie Werte verinnerlicht, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese Werte beginnen allmählich die unsere Welt prägenden als männlich etikettierten Werte wie Rationalität, Durchsetzungskraft, Härte und Konfliktbereitschaft zu relativieren.

Frauen kennen aber auch das Dilemma, das sich ergibt aus dem Wunsch zur Integration in Strukturen, die sie nicht selbst geschaffen haben und die auch nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind, und der Angst vor Selbstaufgabe durch Anpassung. Sie haben daher gelernt, den schmalen Pfad zwischen Integration und Eigenständigkeit zu suchen. Sie haben sich als lange ausgeschlossene Gruppe die Erfahrung angeeignet, dass mitwirken muss, wer mitgestalten will. Warum diese Erfahrung nicht nutzen? □

Veranstaltung

Parolenfassung

Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung, Samstag, 11. Januar 1992, 9.30 Uhr in Bern, Hotel Bellevue Palace, Kochergasse 3, Salon Royal

9.30 Uhr Kaffee, Gipfeli

10.00 Uhr Begrüssung durch den Parteipräsidenten
Nationalrat Franz Steinegger

Rückblick

auf die eidgenössischen Wahlen 1991

10.30 Uhr Eidgenössische Volksabstimmung vom 16. Februar 1992

● *Volksinitiative «Weg vom Tierversuch!»*
Expertenpanel

Leitung: Walter Schiesser,
Redaktor NZZ, Zürich

Teilnehmer: Prof. Dr. J. J. Dreifuss, Genève
Dr. A. F. Goetschel, Zürich
Nationalrat H.-R. Gysin, Liestal
Dr. Paul Herrling, Bern
Prof. Dr. H. Lutz, Zürich
Conseiller national
Ph. Pidoux, Lausanne

anschliessend *Diskussion und Beschlussfassung* über den Parolenantrag

12.00 Uhr Mittagspause, Lunch

13.30 Uhr ● *Krankenkasseninitiative*
Podiumsgespräch

Leitung: Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Zürich
Teilnehmer: Nationalrätin T. Heberlein,
Zumikon
U. Müller, Solothurn
Conseiller national N. Philippona,
Vuippens

anschliessend *Diskussion und Beschlussfassung* über den Parolenantrag

15.00 Uhr Schlusswort des Parteipräsidenten

15.30 Uhr Schluss der Versammlung

Zur a. o. Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Anmeldetalon für die a. o. Delegiertenversammlung vom 11. Januar 1992

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.
Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51.

Offene und faire Information zum Europaentscheid

«Auf ins Europajahr», so steht es gross auf der Titelseite des November-«Freisinn» der FDP Schweiz.

Ich habe Verständnis für alle jene, die sich als Schweizer auch zugleich als Europäer fühlen. Allerdings komme ich nicht um den Eindruck herum, dass die angebotene Information zum EWR-Vertrag und EG-Beitritt so einseitig ist, dass ich mich verunsichert fühle.

Ständerat Rhinow bemüht sich, die harten Einschnitte in die Volksrechte, die mit einem EG-Beitritt verbunden sind, zu verharmlosen. Nationalrat Ernst Mühlemann spricht von «vielen Vorteilen» und meint damit jenen eingegengten Handlungsspielraum, der uns auch nach einem Beitritt zum EWR verbleibt (der aber beim EG-Beitritt wegfallen würde).

Beide Magistraten bemühen sich, uns das Ja zu den kommenden grossen Entscheidungen so schmackhaft wie möglich zu machen.

Über die konkreten Eingriffe, denen wir uns auszusetzen haben, hören wir wenig. Beim EWR und verstärkt bei einem EG-Beitritt geht es doch letztlich um eine Nivellierung, die alle Bereiche umfasst. Rein materiell gesehen, sollen diejenigen, die oben auf der Skala stehen, abspecken zugunsten derjenigen, die unten stehen. Ich denke an die Ausgleichszahlungen, die auf Grund des Pro-Kopf-Einkommens errechnet werden sollen. Gleichzeitig müsste unsere Wirtschaft die Sozialgesetzgebung der EG übernehmen, die ihre angeschlagene Konkurrenzfähigkeit zusätzlich belasten würde. Davon hört man so wenig wie von den gravierenden Auswirkungen, die unsere Sozialversicherungswerke vor eine ganz neue Situation stellen würden.

Damit sind nur einige wenige Aspekte angedeutet, die auf der Negativseite der Einbahnstrasse stehen, die uns schmackhaft gemacht werden soll. In Anbetracht aller Fakten möchten wir den schicksalhaften Entscheid treffen. Doch dazu bedarf es einer fairen und offenen Information. Unsere

Partei hat sich dazu stets bekannt.

Im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer liberalen Ideale hoffe ich sehr, dass in Zukunft mit einer ausgewogenen Information die Tragweite der kommenden Entscheidungen klar ausgeleuchtet wird. Jede andere Politik würde der Glaubwürdigkeit unserer Partei unreparierbaren Schaden zufügen.

Rudolf Burger, Burg

Sehr geehrter Herr Burger



Für Ihre engagierte Stellungnahme zur Novemberausgabe des «Freisinn» möchte ich Ihnen herzlich danken.

Wir brauchen in unserer Partei eine offene und faire Auseinandersetzung mit allen politischen Problemen.

In der Europafrage hat sich unsere Partei am 28. April 1990 in Glarus klar geäussert und vor allen andern die Marschrichtung bestimmt. Die Diskussion wurde vollkommen offen geführt, wobei sowohl Otto Fischer als kämpferischer Fürsprecher für einen schweizerischen Alleingang wie auch Guy-Olivier Segond als suggestiver Befürworter eines Vollbeitrittes zur EG ihre Meinungen voll vertreten konnten. Die Parteiversammlung stellte sich dabei mit überwältigender Mehrheit hinter den Mittelweg des EWR-Vertrages. Diese Haltung wurde am Programmparteitag 1991 in Freiburg noch einmal bestätigt. Einen definitiven Beschluss wird eine Parteiversammlung im Jahre 1992 fassen, wenn die Botschaft des Bundesrates vorliegt.

Als Präsident des Parteiausschusses für Aussenpolitik lehne ich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen die Isolierung unseres Landes ab und befürworte einen Vollbeitritt erst dann, wenn wir keine schwerwiegenden politischen Nachteile zu erwarten haben. Für

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons-grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbrief-seite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

mich persönlich steht seit 1987 der mittlere Weg eines zugewandten Ortes der Schweiz zu Europa im Vordergrund, und daher befürworte ich den EWR-Vertrag als Lösung mit den geringsten Nachteilen.

Ich bitte Sie, Ihren Standpunkt am nächsten Parteitag zu vertreten, denn unsere Partei hat lebhaft und faire Auseinandersetzungen nicht zu scheuen.

*FDP-Nationalrat
Ernst Mühlemann,
Ermatingen TG*



Sie werfen mir in Ihrem Leserbrief vor, ich bemühte mich, «die harten Einschnitte in die Volksrechte, die mit einem EG-Beitritt verbunden sind, zu verharmlosen».

Es liegt mir daran, dazu drei Bemerkungen anzubringen.

● An der Tagung der FDP selbst wurden die Auswirkungen auf die Volksrechte einlässlich diskutiert. Der von Herrn Burger angesprochene Artikel hatte bloss einige (vorläufige) Ergebnisse dieser Tagung zum Inhalt. In diesem Rahmen ging es nicht um eine ausführliche Darlegung aller Probleme.

● Die Folgen für die Volksrechte sind gewiss nicht zu «verharmlosen». Aber sie sind auch nicht zu übertreiben! Leider bestehen heute schon vor-

gefasste, pauschale und falsche Meinungen – wohl eine Folge populistischer Angstmacher, die nicht müde werden zu behaupten, mit einem EG-Beitritt müssten wir auf unsere Volksrechte verzichten. Das stimmt eben nicht!

● Ich will keine kommenden Entscheidungen «schmackhaft machen». Aber ich kämpfe gerne und mit Engagement für eine rationale Diskussion, die Chancen und Gefahren aller uns offenstehenden Europawege umfasst. Insofern begrüsse ich den Satz sehr, es bedürfe «einer fairen und offenen Information». Mit unserer Tagung vom 8./9. November haben wir dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Weitere Beiträge müssen und werden folgen.

*FDP-Ständerat René Rhinow,
Seltisberg BL*

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, erdieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau, 01-4 82 82 82

Fälliges Nachdenken

Die Wahlen sind vorbei, der Souverän hat sein Verdikt gesprochen, andere Themen beschäftigen wieder die Öffentlichkeit. In den Parteizentralen aber, insbesondere bei den Verlierern, muss nachgedacht werden, gründlich und schonungslos. Was ist passiert und warum? In welcher Richtung müssen Konsequenzen gezogen werden? Konsequenzen nicht nur in eigener Sache, sondern auch im Interesse einer regierungsfähigen Schweiz, die es sich nicht leisten kann, ein immer schwächeres Zentrum und immer stärkere Ränder zu haben.

Schwächen bei Regierungsparteien

Was ist bei den eidgenössischen Parlamentswahlen im Herbst 1991 passiert? Gewonnen haben primär rechtsbürgerliche Randparteien, und zwar auf Kosten der bürgerlichen Regierungsmitte, der FDP und der CVP. Unter umgekehrten Vorzeichen hat sich damit ein Prozess fortgesetzt, der bereits die Wahlen von 1987 geprägt hatte. Damals hatte der Vormarsch der grünen Fundamentalopposition die mitregierende Oppositionspartei, die SPS, auf ihren historischen Tiefstand von 1919 zurückgeworfen. Auch bei diesen Wahlen muss auf Grund der Resultate, besonders auch mit Blick auf den Ständerat, die SPS zu den Verlierern gezählt werden.

Diesmal sind die CVP und die FDP vom anhaltenden Abbröckelungsprozess des Regierungslagers getroffen worden, während die SVP, die im Wahlkampf überaus regierungskritisch auftrat, ihren Besitzstand mehr oder weniger zu halten vermochte.

Bei der CVP hält der Krebsgang schon seit 1975 an. Wenn auch diesmal der christlich-soziale Flügel seine parteiinterne Stellung weiter auszubauen vermochte, so deshalb, weil bürgerliche, wirtschaftsfreundliche Wechselwähler der CVP einmal mehr und in Scharen untreu geworden sind. Ähnlich der Vorgang bei der FDP: Die Autopartei attackierte die Freisinnigen mit

Erfolg, weil liberal-konservative und wirtschaftsliberale Positionen in Auftritt und Erscheinungsbild der FDP zu wenig deutlich zum Ausdruck gekommen sind und Unsicherheiten und Ängste in der Bevölkerung seitens der Partei keine deutlichen Erklärungsformen gefunden haben.

Gründliche Analysen

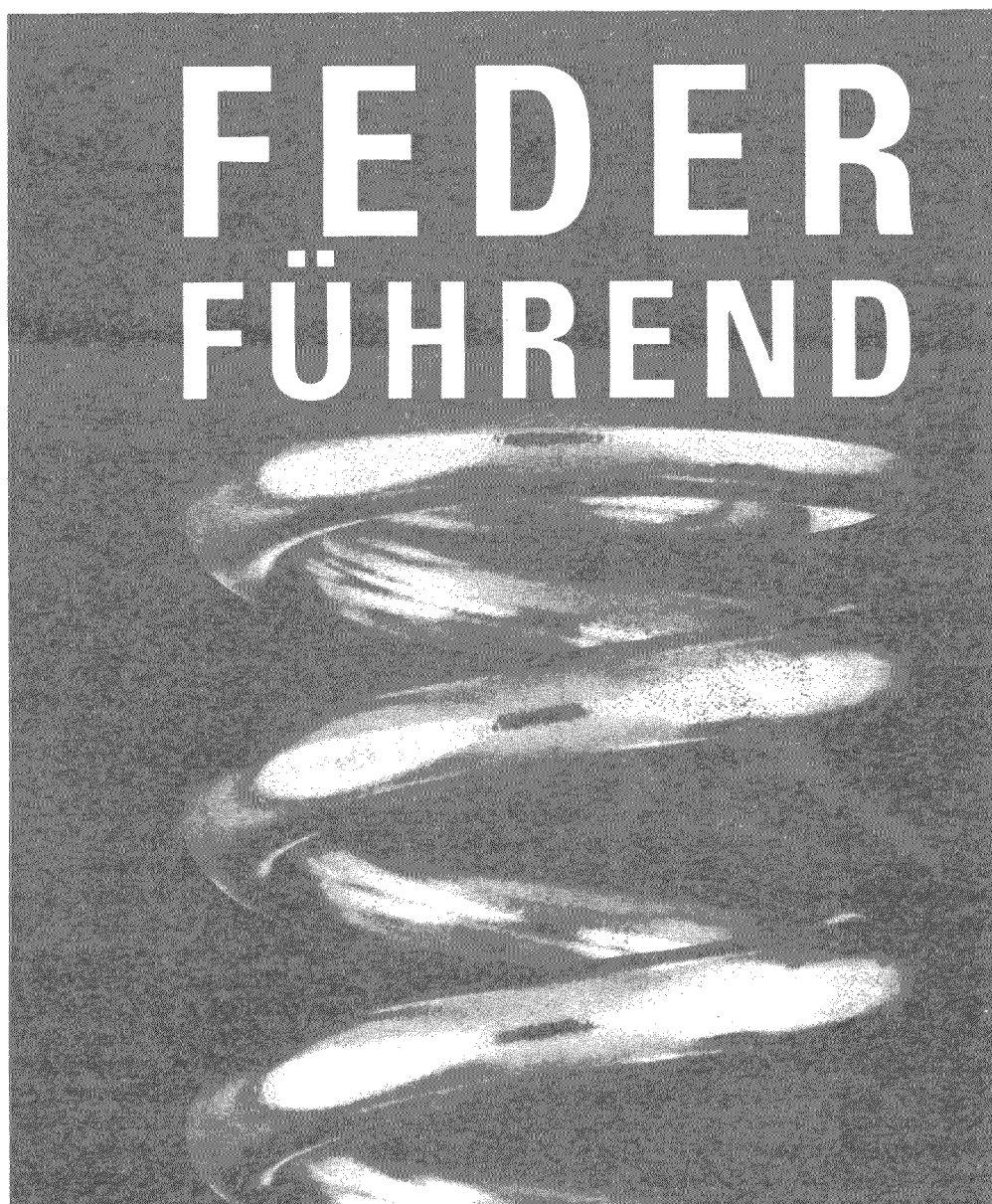
Der Wahlausgang bedarf einer gründlichen Analyse. Defensiv Wahlkämpfe zahlen sich nicht aus. In einer Zeit der all-

gemeinen Verunsicherung will das Volk nicht differenzierende, alles abwägende, intellektuelle und nichts ausschliessende Bekenntnisse, sondern klare Antworten, klare Stellungnahmen, überzeugende Darstellungen und Vereinfachungen komplexer Zusammenhänge.

Welche Konsequenzen drängen sich auf, was ist zu prüfen? Gefragt ist, angesichts des Vormarsches populistisch geschickt agierender Rechtsparteien, eine klarere bürgerliche Politik mit wieder deutlicheren Konturen.

Die FDP hat wiederum vier Jahre Zeit, ihre Niederlage zu korrigieren. Es muss aber schon heute damit begonnen werden. Es gilt für die FDP, weniger intellektualisierend, dafür aber verständlicher, eindeutiger und vertrauenerweckender zu politisieren. Klare Abgrenzungen in politischen Fragen werden wichtiger, zu viele Kompromisse lassen die Konturen einer Partei verwischen. Die FDP darf als liberale Partei nicht den Eindruck erwecken, sie sei Sammelplatz für alle und irgendwelche diffusen politischen Standpunkte

FDP-Nationalrat
Dr. Peter Spälti, Hettlingen



BAUMANN

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik, CH-8630 Rüti
Tel. 055/848 111
Telex 875 606, Fax 055/848 511

Der Ausweg aus dem «Asylproblem»

Meinungsumfragen aus allen Himmelsrichtungen belegen, dass das «Asylproblem» bei uns höchste Priorität hat. Über alle politischen Grenzen hinweg bestehen bei der Aufnahme wirklich verfolgter Menschen keine Meinungs-differenzen. Vielleicht aber kommen wir der Lösung des Problems einen Schritt näher, wenn wir es bei seinem Namen nennen: Wirtschafts-flüchtlingsproblem.

Es gibt wohl nur eine Lösung: die Schweiz muss unbedingt für Wirtschaftsflüchtlinge weniger attraktiv werden. Das erreichen wir nicht durch Verschiebung der Frist zur Arbeitsaufnahme um wenige Monate, auch nicht durch eine Kürzung des Sackgeldes! Dafür gibt es vermutlich nur eine einzige Lösung, die bei kleinem Personalaufwand sowohl

unmittelbaren als auch lang-anhaltenden Effekt bringt: die Einfrierung des Erwerbseinkommens.

Kann ein echter Asylant nach Abschluss des Verfahrens in der Schweiz bleiben, erhält er seinen auf einem Sperrkonto eingefrorenen Arbeitslohn mit Zins zur freien Verfügung. Wird ein Wirtschaftsflüchtling bei Verfahrensende abgewiesen, bezahlt man ihm aus dem verdienten Geld die Heimreise, der Restsaldo verfällt zugunsten der Bundeskasse. Bis zu diesem Zeitpunkt werden allen Antragstellern lediglich Beträge für Verpflegung und Unterkunft ausbezahlt.

Eine solche Neuerung, innert kurzer Zeit und mit wenig Aufwand eingeführt, wird sich wie ein Lauffeuer weltweit verbreiten, und niemand wird

mehr einen Gewinn darin sehen, aus wirtschaftlichen Gründen bei uns einen Asylantrag zu stellen. Pendenzenberge können so rasch abgebaut werden – mit doppeltem Nutzen: einerseits können echte Asylanten früher mit ihrem Aufnahmebescheid rechnen, andererseits kann danach Personal anderweitig eingesetzt werden.

So könnte nicht nur das in den Augen unserer Bevölkerung grösste Problem gelöst werden, auch das momentan wohl grösste Problem der Politiker würde etwas kleiner (das Finanzproblem). Das einhellig angestrebte Ziel kann sehr rasch erreicht werden, besser als mit regelmässigen Gesetzesrevisionen oder unfruchtbaren Diskussionen über zahlenmässige Obergrenzen.

Und für die verfolgten Menschen, die wir schützen wollen, würde die Frist der Ungewissheit kürzer, die Betreuung durch die (heute mit rund 95 Prozent Wirtschaftsflüchtlingen belasteten) Behörden menschlicher und persönlicher.

Wann packen wir's an?
Peter Büel, Präsident FDP Cham

Adieu, 700 Jahre Eidgenossenschaft

In der letzten Ausgabe des «Freisinn» beklagen Sie sich über den Rückgang der Wählerschaft. Das darf Sie nicht so sehr verwunden. Mit den vielen Bücklingen nach der grünen Seite hin, der dauernden Aufmunterung für den Beitritt zu dem risikoreichen und unannehmbaren EWR und der EG werden Sie noch viele Wähler vor den Kopf stossen.

Ich für mich ziehe es vor, ein freier Schweizer zu bleiben, als ein von Brüssel abhängiger Bürger in einer nicht mehr freien Schweiz zu werden.

Adieu, 700 Jahre Eidgenossenschaft!

Dr. med. Rudolf Kaeser,
Spiez

FDP: Auf jeder Hochzeit, aber ohne Tanzschritt

Der Artikel von FDP-Generalsekretär Christian Kauter im «Freisinn» Nr. 11 zeigt auf, in welchem Dilemma die FDP zurzeit steckt. Auf jeder Hochzeit wollen wir mittanzen, uns aber für keinen richtigen Tanzschritt entscheiden:

- Sind wir für Europa? Wenn ja, dann unter welchen Bedingungen?
- Sind wir für ein Asylrecht? Wenn ja, mit welchen Einschränkungen?
- Sind wir für die Bekämpfung der Drogensucht? Wenn ja, mit welchen Mitteln?
- Sind wir für die Förderung des Wohnungsbaus? Wenn ja, wie fördern wir ihn?
- Sind wir für persönliche Sicherheit? Wenn ja, was unternehmen wir?

Auf all diese Fragen wurden bisher nur unklare Antworten gegeben. Als Stimmbürger habe ich das Gefühl, dass die FDP

- sich teilweise für Europa entscheidet, aber uns im

unklaren lässt, was dies für uns bedeutet;

- mit der Flut der «Wirtschaftsflüchtlinge» anscheinend auch nicht ganz einverstanden ist, aber entsprechende klare Aussagen vermissen lässt;
- in der Drogenpolitik zwischen Freigabe und Durchsetzung der Verbote hin und her schwankt, je nachdem welcher Exponent sich dazu äussert;
- den Wohnungsbau zwar möchte, aber das Grab dazu «mitgeschaufelt» hat (Mietrecht, Eigenmietwert, Bauvorschriften etc.);
- die persönliche Sicherheit mit Worten unterstützt, die Bedrohung aber nicht wirksam bekämpft.

Weniger Staat – und doch kommen immer mehr Gesetze (teilweise mit erheblichen Einschränkungen für einen Teil der Bevölkerung) mit der Zustimmung der Freisinnigen zustande! Warum wundern wir uns dann noch über den Erfolg der «Freiheitlichen»?

Herbert Büttner, Männedorf

HALTEN SIE BÜROKRATEN FÜR GUTE MEDIZINER ?

Wer krank ist, will möglichst schnell wieder gesund werden. Dafür wird er sich den besten Arzt aussuchen. Und die Therapie, die am ehesten Heilung verspricht, soll angewendet werden. In diesen persönlichen Fragen bleibt kein Raum für staatliche Bevormundung. Wir haben keinen Bedarf nach neuen Kontrollsystemen und Aufsichtsorganen.

Wenn Sie mit uns der Meinung sind, dass die freie Arzt- und Therapiewahl ein Grundrecht des einzelnen ist und dass wir kein Bundesamt für Therapiefragen brauchen, empfehlen wir Ihnen die Krankenkassen-Initiative schon heute zur Ablehnung.

ARBEITSKREIS SOZIALE KRANKENVERSICHERUNG
POSTFACH, 8024 ZÜRICH / PC 80-42900-3

Agenda 1992

Die bewährte, handliche FDP-Agenda mit dem soliden Lederportefeuille (bordeaux) steht Ihnen auch dieses Jahr wieder zur Verfügung. Tragen Sie jetzt schon Ihre Termine für das kommende Jahr ein!

Bitte senden Sie mir
 ... Ex. Lederportefeuille mit FDP-Agenda 1992 (bordeaux) à Fr. 44.-

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an
 FDP-Generalsekretariat,
 Postfach 6136, 3001 Bern.

FDP-Positionen

FDP-Geschäftsleitung zum EWR-Vertrag

Die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) befasste sich mit den staatspolitischen Auswirkungen des Vertrags über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Sie kam dabei zum Schluss, dass ein EWR-Vertrag die europapolitischen Möglichkeiten der Schweiz erhöht: Er ermöglicht der Schweiz zeitlich unbefristete Erfahrungen im EWR-Raum, die Schweiz hat aber auch ein Kündigungsrecht. Die FDP-Geschäftsleitung kann einer EWR-Mitgliedschaft zustimmen. Sie sieht eine Mitwirkung und Mitgestaltung der Schweiz im europäischen Raum grundsätzlich als Chance an. Die FDP legt Wert darauf, dass eine Verknüpfung von EWR-Vertrag und EG-Beitritt vermieden wird. Angesichts der unterschiedlichen Tragweite von EWR- und EG-Beitritt sowie der Tatsache, dass zwei Volksabstimmungen notwendig sind, muss eine getrennte Willensbildung ermöglicht werden. □

FDP-Publikationen

Ich bestelle:

- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 1, 1991. Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt. FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun (à Fr. 5.-, 52 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 2, 1991. Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP (à Fr. 5.-, 22 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 3/4, 1991. Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz: Einflüsse und Impulse (à Fr. 5.-, ca. 25 Seiten, dt.).

Name: _____ Vorname: _____

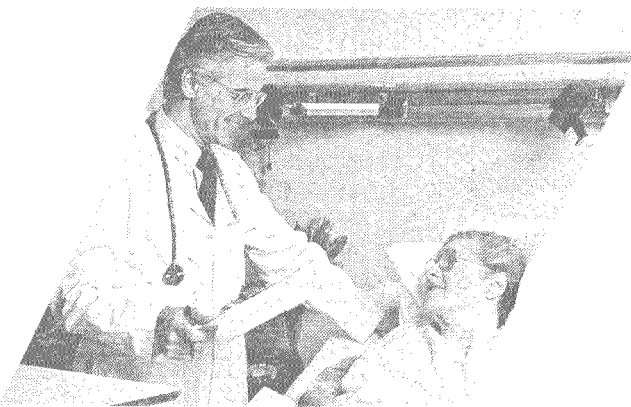
Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Für Kranke brauchen wir Tierversuche!

Arbeitskreis Gesundheit und Forschung, Postfach, 8024 Zürich



Darum:
Nein

**zum Verbot von
 Tierversuchen
 am 16. Februar**

Nicht auf Hilfe von aussen warten

Ende November fand die Gründungsversammlung der Frauengruppe Arbon statt. Der Anlass stand unter dem Motto «Frauen helfen einander, ihre Qualitäten zu entwickeln und das Selbstbewusstsein zu stärken». Dr. iur. Brigit Hänzi referierte über das neue Ehe- und Erbrecht. Zu einem Zeitpunkt, da ab und zu die Frage zu hören ist, ob Frauengruppen noch nötig seien, ist es interessant, die Beweggründe der Initiantinnen der Frauengruppe Arbon zu vernehmen.

Ursula L. Schmid

Die Präsidentin Marianne Luginbühl sieht in ihrer Gruppe ein Instrument für berufsbegleitende Möglichkeiten zur «Zweitwegmatura» – zur Erlangung politischer Reife. Die Gruppe will den Frauen Mut machen, in der Orts- oder Bezirkspartei in den Diskussionen mitzureden. Sie will Interesse an der Politik wecken. Die Frauen sollen Bescheid wissen über politische Themen, also generell politisch mündig werden.

Übungsfeld

Da die Erfahrung immer wieder zeigt, dass Frauen nur Erfolg haben, wenn sie besser sind als die männlichen Konkurrenten, möchte die neue Frauengruppe aus der Not eine Tugend machen: den Wissenshorizont erweitern, die Interessensgebiete ausdehnen und so das Selbstbewusstsein der Frauen stärken.

Frauen unter sich haben weniger Mühe, ihre Standpunkte zu vertreten und in eine Diskussion einzugreifen. Deshalb sieht sich die freisinnige Frauengruppe als ideales Übungsfeld. Besonders für Hausfrauen, die im Alltag wenig Gelegenheit zu Diskussion oder Teamarbeit haben, ist es wichtig, dass sie lernen, sich richtig einzuschätzen, damit sie sich in der öffentlichen Diskussion weniger gehemmt fühlen. Die Frauengruppe hilft den Frauen, sich in die Partei zu integrieren.

Aus verschiedenen Votenging hervor, dass Frauen

nicht auf Hilfe von aussen warten dürfen, sondern selber politisch aktiv werden müssen, wenn sie veraltete Strukturen der heutigen Zeit anpassen wollen. Das gilt in sämtlichen Sparten des Frauenalltags.

Die Arbonerinnen wollen in zweimonatlichen Intervallen zum Politikafi einladen. Angesprochen sind politisch Interessierte sowie Fachleute, die zu Abstimmungsvorlagen, aktuellen Problemen, Familien- und Gesellschaftsfragen referieren. Die Anlässe sollen vorwiegend am Morgen stattfinden, damit die Abende für die Familie, andere Veranstaltungen und die der Partei frei bleiben.

Erb- und Eherecht

Brigit Hänzi, Bezirksgerichtspräsidentin in Frauenfeld, eröffnete den Reigen der referierenden Fachleute mit einem Vortrag über das neue Erb- und Eherecht, das sie als Schritt in die richtige Richtung sieht. Seit Inkrafttreten des neuen Eherechts wurden nicht mehr Eheschutzverhandlungen angestrengt als zuvor. Ihre Erfahrungen decken sich nicht unbedingt mit der Studie des eidgenössischen Frauenbüros, welche zum Schluss gelangte, dass das neue Eherecht die Frauen eher schlechterstellt.

Eine für die Frau besonders wichtige Verbesserung im neuen Eherecht sind die Entscheidungsbefugnisse. Im Gegensatz zu früher, wo die Entscheidungsgewalt allein beim Manne lag, sind heute beide Ehegatten gleichberechtigt bei Entscheiden, die beide betref-

fen. Beispiel: Wohnort und Wohnung, Aufnahme grösserer Kredite, Vermögensverwaltung. Durfte früher die Frau nur mit Erlaubnis des Mannes ausserhäuslicher Berufsarbeit nachgehen, so hat heute jede Ehehälfte nach ihren Kräften zum Unterhalt beizutragen.

Mit diesem Passus ist jedoch die ungenügende Wertschätzung der Hausfrauen- und Erziehungsarbeit nicht aus der Welt geschafft, was vom Frauenbüro bemängelt wird. Hausfrauen- und Erziehungsarbeit wird bei der AHV nicht als Lohnarbeit eingestuft. Bei der AHV-Leistung hat dies zur Folge, dass geschiedene Hausfrauen sich mit der Minimalrente (2/3) begnügen müssen. Wird einer Hausfrau bei der Scheidung eine einmalige Abfindung ausbezahlt, hat sie nach Ableben des geschiedenen Ehemannes keinen Anspruch auf Renten aus AHV und Pensionskasse des Mannes. Diese Ungerechtigkeit muss bei der 10. AHV-Revision ausgemerzt werden.

Nachteile, die beim Vollzug des neuen Ehegesetzes den Frauen bei einer Ehescheidung erwachsen, könnten durch besseres Informiertsein weitgehend vermieden werden. Hier spielt sicher die Unwissenheit vieler Frauen mit minimaler Schul- und Ausbildung eine grosse Rolle. Die Praxis zeigt, dass Vorteile, die das neue Ehegesetz den Männern bringt, viel rascher ausgenützt werden als die der Frauen.

In den meisten Fällen reicht die Frau die Scheidung ein. Bei einem erschreckend hohen Anteil ist der Scheidungsgrund körperliche Misshandlung seitens des Ehemannes. Brutalität und Gewaltanwendung kommen oft im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch vor. Hingegen ist die befürchtete Klagenflut über sexuelle Misshandlung in der Ehe ausgeblieben. Geschiedene Frauen sind fast immer gezwungen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Sie nehmen die Mehrfach-

belastung von Erwerbs-, Erziehungs- und Hausfrauenarbeit in Kauf. Vor allem junge Mütter und Mütter von kleinen Kindern werden nicht selten zumindest vorübergehend von der öffentlichen Fürsorge abhängig.

Güterrecht

Im neuen Ehegesetz ist das Güterrecht neu geordnet. Die Errungenschaftsbeteiligung hat die Güterverbindung abgelöst und gilt, wenn die Ehegatten nichts anderes vereinbart haben. Sie sieht vor, dass jede Partei ihr Vermögen selber verwaltet. Bei Erbgang oder Scheidung wird das während der Ehe erwirtschaftete Vermögen hälftig geteilt.

Die Errungenschaftsbeteiligung kann durch einen Ehevertrag ergänzt werden, besonders wenn Geschäftsvermögen zu Eigengut erklärt wird oder bei Erträgen aus Vermögen. Bei Tod, Scheidung oder Änderung des Güterstandes erhält jede Partei ihr Eigengut und ihre Errungenschaft, muss aber bis zur Hälfte der Gesamtvermögens der Gesamterungenschaft den Vorschlagsanspruch erfüllen (Differenz zwischen Errungenschaft des Mannes und derjenigen der Frau geteilt durch zwei).

Die Gütertrennung ist gut überschaubar, bringt jedoch der Hausfrau erhebliche Nachteile, weil sie an der Vermögenszunahme des Gatten nicht teilhat. Die Gütergemeinschaft kommt bei uns kaum vor.

Das letzte Thema, das Frauen und Männer gleichermaßen betrifft, ist das Erbrecht. Wie ein Testament verfasst werden muss, kann in einer bei den Banken erhältlichen Broschüre nachgelesen werden. Das Testament ist jederzeit änderbar, der Erbvertrag hingegen ist für die Vertragspartner verbindlich. Im Erbvertrag müssen genügend finanzielle Mittel für den alten Teil reserviert bleiben. Erben des Geschäftes müssen finanziell in der Lage sein, die Firma weiterzuführen. Geschwister dürfen untereinander nicht benachteiligt werden. □



Ständige Kommissionen

Die Parlamentsreform hat neu ein System von zwölf ständigen Kommissionen geschaffen. Die Kommissionsmitglieder sollen sich intensiver mit einem politischen Gebiet beschäftigen können und dadurch kompetenter werden. Auch die Position des Vorsitzenden wurde verstärkt, neu bleibt ein Präsident, eine Präsidentin zwei Jahre auf dem Posten.

Fragen: Wie viele Mitglieder zählt eine Kommission? Wie viele Abgeordnete stellt jeweils die FDP? Wie viele Präsidien werden von der FDP, von der CVP und von der SP besetzt, wie viele von der SVP, wie viele von den Grünen (fünftstärkste Fraktion). Welche FDP-Parlamentarier stehen welcher Kommission vor?

Mit Ausnahme der Aussenpolitischen Kommission, die 27 Mitglieder hat, und der Kommission für öffentliche Bauten, welche der FDP nimmt darin mit sechs Vertretern Einsitz (öffentliche Bauten: drei FDP), je drei Präsidien werden von der FDP, von der CVP und von der SP gestellt, zwei von der SVP und eines von den Grünen (öffentliche Bauten). Jean-Pierre Bonny (BE) ist Präsident der Finanzkommission, Pierre Etique (JU) Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, Christian Wanner (SO) Präsident der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen.

Antwort

Mutzli

Drei Finger einer Hand auf verschiedene Arten zu kombinieren gibt zehn Möglichkeiten. Die gebräuchlichste seit dem Rütli und der Verteidigung der National- und Ständeräte ist die Schwurhand: Daumen, Zeige- und Mittelfinger. Dieses Jahr erfolgte in der Volkskammer erstmals zu Beginn der Legislatur die Verteidigung nicht kollektiv, sondern einzeln. Man konnte also beobachten. Das amtsälteste Mitglied, der eben als Alterspräsident vom Pult gestiegene Helmut Hubacher, wurde besonders nostalgisch: Er streckte Zeige-, Mittel- und Ringfinger empor, darunter Kleinfinger und den Daumen zusammen: der bewährte Pfadigruss...

Bildunterschriften sind mitunter Glückssache: Die Sissacher «Volksstimme» publizierte eine Doppelseite über den zu höchsten Ehren aufgestiegenen Landsmann Nationalratspräsident Hans-Rudolf Nebiker, dabei auch eine Photo der charmannten Gattin, ihren Hund streichelnd, mit folgendem Text: «Margrit Nebiker-Dubach freut sich für ihren Mann.» Vom letzteren ist freilich auf dem Helgen nichts zu sehen.

Weltliches ist aus dem Nationalrat zu berichten, wo der frischgebackene Nationalrat Ernst Sieber (evp., ZH) erklärte, dass er eben Pfarrer nicht im Beruf, sondern aus Berufung sei. Nichtsdestotrotz vermied es der Geistliche, seine Verfassungstreue «im Namen Gottes des Allmächtigen» zu erklären. Er legte nur das Gelübde ab. Korrigiert wurde dieser pfarrherrliche Entschluss just durch den neugewählten Kommunisten Josef Zysiadis aus dem Waadtland, der den Schwur ablegte.

Sechzig Parlamentarier der neugewählten Bundesversammlung sahen sich auf einer Liste «Nähere Bezeichnung gleichnamiger Ratsmitglieder». Zur eindeutigen Identifikation der Ratsmitglieder gleichen Namens (Homographen, Homophonen und Quasi-Homophonen) werden Zusatzbezeichnungen vorgesehen, damit beispielsweise – aus dem Be-

reich der Quasi-Homophonen – Brügger Cyrill und Brunner Christiane nicht verwechselt werden.

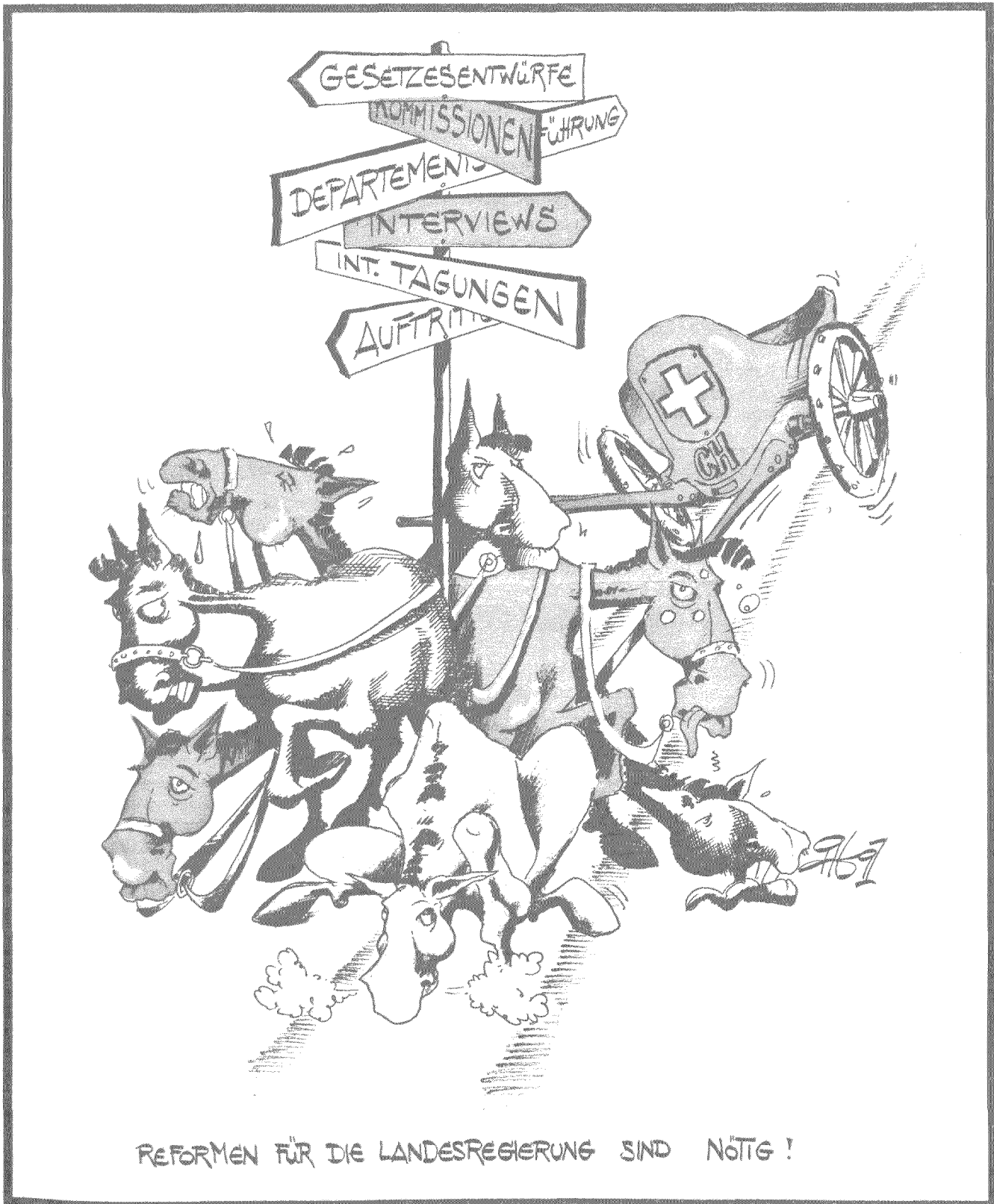
Der neue Nationalratspräsident und Oberst Hans-Rudolf Nebiker (svp., BL) hat sich einiges vorgenommen, um mehr Disziplin im Ratssaal zu erreichen. Als zum zweitenmal seine Mahnung nichts fruchtete, die Räte hätten zwecks Übersichtlichkeit bei Abstimmungen ihre eigenen Plätze einzunehmen, wurde er forsch: «Das gilt auch für Frau Segmüller und Herrn Allenspach!» «An Nebiker ist ein Schulmeister verlorengegangen», meinte Ulrich Fischer (fdp., AG).

Wenig schlagfertig zeigte sich Nebiker indessen, als der Autopartei-Fraktionschef Michael Dreher die Pullover-Parlamentarier kritisierte und auf das Ratsreglement «schickliche Kleidung» verwies. Das Büro werde sich des Problems annehmen... Meinten gut beobachtende Ratsbesucher, den allzeit Kaugummi «schiggen» Dreher im Visier: «Gibt es denn keine Vorschriften, um diesem auf Schicklichkeit bedachten Ratsherrn wenigstens im Ratssaal auch seinen Kaugummi zu entziehen?»

«Josephina Johanna aus dem weiten Stamm der Meier», begrüßte der Luzerner Stadtpräsident Franz Kurzmeyer die erste Ständeratspräsidentin an der Präsidentenfeier in der Leuchtenstadt. Und der Schultheiss Klaus Fellmann charakterisierte sie witzig und liebevoll, unter anderm mit der Wendung: «Obwohl ledig, auf vielen Hochzeiten tanzend.»

«Das wirkliche Problem des Bundesrates ist, dass er eher den Applaus als den Erfolg sucht», sinnierte der freisinnige Parteipräsident, Nationalrat Franz Steinegger (UR).

«Für die Tiere haben sie bessere Unterkünfte beschlossen», erinnerte sich Kaspar Rhyner (fdp., GL) im Ständerat: «Aber die Kantine der Soldaten auf der Wichlenalp befindet sich auch nach zwanzig Jahren noch in einem Stall!»



Schlechter Start ins achte Jahrhundert

Ständerat
Dr. Fritz Schiesser (GL)

Das Jubeljahr der Eidgenossenschaft geht langsam zu Ende; die grossen Feierlichkeiten sind abgeschlossen. Trotz Boykotterklärungen und Unkenrufen aller Art hat unser Land eine grosse Zahl von sinnreichen und freudigen Geburtstagsveranstaltungen erlebt. Zahlreich sind die künstlerischen und kulturellen Werke, die die vergänglichen Festivitäten überdauern und in naher oder ferner Zukunft bereitetes Zeugnis über die gelungene 700-Jahr-Feier unseres Landes ablegen werden.

Wie aber steht es mit dieser Zukunft? Was wird sie uns bringen? Zu welchen Entscheidungen werden wir Schweizerinnen und Schweizer uns aufrufen können, um diese Zukunft zu gestalten?

Zentrifugale Kräfte

Jüngste Entwicklungen scheinen darauf hinzuweisen, dass es mit unseren diesbezüglichen Fähigkeiten nicht mehr allzu gut bestellt ist. Die zentrifugalen Kräfte mit ihren satt sam bekannten, simplifizierenden Rezepten zur Lösung komplexer Probleme spüren nach den jüngsten Umnägen Aufwind. Kompromisse gelten als anrühlich, und die Bereitschaft, sich auch innerhalb des Parlaments einem Mehrheitsentscheid zu unterwerfen, kommt mehr und mehr abhanden. Was gilt, ist allein die eigene Auffassung. Die richtige politische Entscheidung wird zum Pachtgegenstand.

Diese Haltung hüben und drüben wird unheilvolle Konsequenzen zeigen. Es genügt nicht, dass das Volk als Souverän aufgerufen ist, grundlegende Entscheide über den weiteren Weg unseres Landes zu fällen, die die volle Aufmerksamkeit aller verlangten. In geradezu provozierender Art und Weise reissen Links und Rechts ein Referendum nach dem andern vom Zaune. Es reicht offenbar nicht, dass die Frage unseres Verhältnisses zu Europa unser Volk einer enor-

men ZerreiSSprobe aussetzen wird.

In der Hoffnung, diese ZerreiSSprobe werde beim Stimmvolk zu einer alle Neuerungen hinwegfegenden Neinwelle führen, packt man Vorlage um Vorlage auf den Referendumskarren. Musterbeispiel dieser unheilvollen Entwicklung ist das Referendum gegen die Parlamentsreform. Unter höchst eigenartigen Umständen ergreifen vier Studenten der Hochschule St. Gallen das Referendum gegen eine Vorlage, mit der sie sich, wie aus ihren Aussagen geschlossen werden muss, kaum befasst haben. Dabei entpuppen sie sich zudem als willfähige Adlanten gewisser «Politmaestros».

Politische Kultur

Durch diese jüngste Referendumswelle in Frage gestellt sind aber auch die Neat, das ETH-Gesetz, das bäuerliche Bodenrecht, der Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods und die Revision des Stempelgesetzes. Dazu kommen im Abstimmungskalender zahlreiche Initiativen und weitere Referenden. Über all diese Fragen wird das Stimmvolk in einem Zeitraum zu entscheiden haben, in dem die Beschäftigung mit Europa mehr als volle Auslastung brächte.

Es wäre eine Frage der politischen Kultur, sich in anderen Bereichen Selbstbeschränkung aufzuerlegen. Aber dazu ist

man offenbar weder auf der äusseren Linken noch auf der äusseren Rechten bereit. Politische Kultur gibt es hier nur so lange, als die eigene Meinung durchdringt. Andernfalls ist man ohne Zögern bereit, dieses Prinzip über Bord zu werfen. Die Durchsetzung des eigenen Standpunktes heiligt die Mittel.

Für einen verheissungsvollen Start ins achte Jahrhundert ist dies eine denkbar schlechte Ausgangslage. Immerhin gibt sie Anlass dazu, darüber nachzudenken, ob die Querschläger gegen eine gedeihliche Zusammenarbeit der Regierungsparteien tatsächlich immer nur auf ein und derselben Seite sitzen. □

Irrtümer bei der Opposition gegen IWF und Weltbank

Noch in der alten Amtszeit 1987–91 hatten sich die beiden Kammern der eidgenössischen Räte für den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank ausgesprochen. Unmittelbar vor der Neubestellung der Bundesversammlung wurde dagegen von einer ersten Gruppierung das Referendum lanciert, getragen von vorwiegend linksgerichteten Kräften der entwicklungspolitischen, der grünen, der feministischen und der kirchlichen Szene. Die grossen Hilfswerke weltlicher und konfessioneller Provenienz halten sich fern. Dagegen haben sich neuerdings mit Referendumsbeschlüssen Exponenten der Rechten (aktive und ehemalige Parlamentarier) sowie mit knapper Mehrheit der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) der Opposition zugesellt. Besonnene Kräfte innerhalb der SP haben sich inzwischen von diesem Entscheid distanziert.

Desinformation

Am linken Flügel dieser Opposition ist ein beträchtliches Mass an Desinformation über IWF und Weltbank zu erkennen. Es ist da die Rede von falscher Politik, gar von «Hungerstrategie». Wie kommt es

dann wohl, dass fast alle Länder rund um den Erdball, auch die ärmsten, an ihrer Mitgliedschaft bei den Bretton-Woods-Institutionen festhalten? (Bretton Wood steht als geographischer Name für den amerikanischen Gründungsort der beiden 1945 geschaffenen universellen Organisationen.)

Gewiss trifft es zu, dass gerade die Entschuldungs- und die Zahlungsbilanzhilfen des IWF in der Regel «konditioniert», das heisst an die Bedingung einer gesunden, stabilitätsorientierten, freiheitlichen Wirtschaftspolitik der Empfängerländer gebunden werden. Daraus können kurzfristig soziale Härten entstehen – allerdings weniger wegen der gemachten Auflagen als wegen der oft feudalistischen, undemokratischen und bisweilen korrupten Regierungsstrukturen in den begünstigten Staaten. Doch mittelfristig sind die jeweiligen Kreditgewährungskonditionen auf wirtschaftliche und damit auch soziale Sanierung gerichtet. Diese bildet wiederum die Voraussetzung für den Fluss von öffentlichem oder privatem Investitionskapital aus den wohlhabenden Ländern in die Volkswirtschaften der Dritten Welt. Fehlte es daran, so wäre nicht auf

dauerhafte Entwicklungswirksamkeit zu zählen.

Sinnvolle Richtung

Die Politik der Bretton-Woods-Organisationen weist denn auch in eine sinnvolle Richtung. Länder wie Mexiko, Chile, neuerdings auch Argentinien haben immer mehr zu marktwirtschaftlichen Ordnungen gefunden, die gesundes Wachstum versprechen. Ist es ausserdem blosser Zufall, dass heute, nach dem turbulenten vergangenen Jahrzehnt der Schuldenkrise und verbreiteter Militärdiktaturen, in allen lateinamerikanischen Staaten demokratisch gewählte Regimes am Ruder sind, mit der einzigen Ausnahme des weiterhin vom antiquierten Marxisten Fidel Castro beherrschten Kuba?

Sicherlich wird sich niemand anmassen, einen solchen Sachverhalt unmittelbar oder gar ausschliesslich der folgerichtigen Strategie von IWF und Weltbank zuzuschreiben. Doch vermag diese Strategie letztlich deutlich zu machen, dass marktwirtschaftliche Ordnung und demokratische Verfassung zusammengehören. Das verdient auch in der schweizerischen Meinungsbildung zum Thema Bretton Woods grundlegende Beachtung. -//-